

Wie sich die Bilder gleichen – und die Geister scheiden: Mainstream-Ergebnisse in einem keynesianischen (?) Lehrbuchmodell

Rainer Bartel*

Zusammenfassung

Der ökonomische Mainstream (Orthodoxie) und seine Alternativen (Heterodoxie) werden hier grob in Neoklassik und Keynesianismus eingeteilt und kontrastiert. Ausgangspunkt ist die kognitive Dissonanz zwischen Mainstream-Theorie und Wirtschaftssystem-Realität. Es gibt aber auch breit verwendete Lehrbücher der Makroökonomik, die sich als fortschrittlich, weil keynesianisch fundiert, verstehen. Ich untersuche ein solches Modell: jenes von Blanchard et al. (2010), das ich das Blanchard-Modell nenne. Nach einer Charakterisierung und einem Vergleich des neoklassischen Arbeitsmarktmodells und seiner realwirtschaftlichen Implikationen mit dem Keynes'schen Modell des Gütermarktes und seinen Konsequenzen für den Arbeitsmarkt wird das Blanchard-Modell betrachtet und sein Fortschrittlichkeitsanspruch beurteilt. Es stellt sich heraus, dass das Blanchard-Modell dem neoklassischen Gleichgewichtsmodell sehr stark verhaftet ist und als kompatibel mit der Neoklassischen Synthese angesehen werden kann. Nach einem Fazit wird ein Ausblick auf mögliche Weiterentwicklungen der Makroökonomik versucht.

Schlagwörter: Mainstream, Keynesianismus, Neoklassische Synthese, Gleichgewichtskonzept, Perspektiven der Makroökonomik

How the images coincide – and the mind differs: Mainstream results from a Keynesian (?) textbook model

Abstract

Here, the economic mainstream (orthodoxy) and its alternatives (heterodoxy) are crudely broken down into Neoclassics and Keynesianism and contrasted. We start from the cognitive dissonance between mainstream theory and the economic system reality. There are broadly used macroeconomics textbooks that are deemed to be progressive in that they have been founded on Keynesianism. I consider such a model: the one by Blanchard et al. (2010) which I term the Blanchard Model. After a characterisation, I compare the neoclassical labour market model and its implications for the real sector with Keynes's model of the goods market and its consequences for the labour market. Eventually, the pretence of the Blanchard Model of being progressive is evaluated and assessed. The Blanchard Model turns out to be formulated in a way substantially similar with the neoclassical model of equilibrium and can be seen as compatible with the Neoclassical Synthesis. After drawing some conclusions, an outlook is given on prospective developments of macroeconomics.

Keywords: Mainstream, Keynesianism, Neoclassical Synthesis, equilibrium concept, macroeconomics perspectives

*Rainer Bartel, Institut für Volkswirtschaftslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenbergerstr. 69, A-4040 Linz, Österreich, Mail: rainer.bartel@jku.at, Web: www.econ.jku.at/Bartel
Ich danke meinen Schiedsrichter_inne_n, Herausgeber_inne_n und Lektor_inn_en!

“Economics are the method; the object is to change the heart and soul.”¹

1. Kognitive Dissonanz und Hegemonie des Mainstream

Grob können wir die ökonomische Orthodoxie (den Mainstream) als Neoklassik titulieren, die Heterodoxie (alternative Ökonomik) als Keynesianismus; die strikten Alternativen zur Orthodoxie umfassen v. a. den Post-Keynesianismus, die Institutionelle Ökonomik und die Evolutorische Ökonomik. Die Bilder, die sich die Theorie von der Realität macht, unterscheiden sich substanziell bis graduell, jeweils mehr oder weniger erkenntlich.

Fragt man in der Vorlesung die größtenteils orthodox programmierten Studierenden, wer denn aller an der Finanz- und Wirtschafts-, Budget- und Sozialkrise schuld sein mag, bekommt man mehrere Antworten – nur eine nicht: die Universitäten. Die akademischen Ökonom_inn_en schaffen, wohl auch unter dem Einfluss des Zeitgeistes, den Mainstream und prägen Lehre und Forschung, Politik und Medien, Administrationen und Berufsverbände, letztlich selbst Stammtischgespräche und Wahlentscheidungen. Denken wir an die politisch-taktische, diskursive Argumentation mit „Sachzwängen“! Sie baut auf Denkmustern auf, die auf Ebene eines Konsumhaushalts oder eines Unternehmens rational sind (Mikroökonomie) und somit auch tatsächlich – bei Studierenden bis hin zu Stabsökonom_inn_en – den „gesunden Hausverstand“ stützen, aber darüber hinausgehende Überlegungen ausklammern und Teile von Möglichkeitsräumen durch Undenkbarkeiten eben in Gestalt von „Sachzwängen“ ausklammern. Solche mikroökonomischen, d. h. einzelwirtschaftlichen Rationalitäten bilden mithin einen offenbaren Gegensatz zur normativ-politischen, gesamtwirtschaftlichen Sachverständisebene (Makroökonomie und -politik à la Keynes und seinen Nachfolger_inne_n).

Die vermeintlichen oder vorgeblichen Sachzwänge beruhen auf Axiomen über Folgendes:

- die Wirtschaftsteilnehmer_innen als rein ökonomisch rational agierende Wesen (*homines oeconomici*),
- die Natur der Realität als ein grundsätzlich und grundlegend von Kalkulierbarkeit und

Prognostizierbarkeit gekennzeichnetes, hoch flexibles und anpassungsfähiges System und

- die Funktionsweise der Märkte als System mit natürlich gegebenem Charakter, quasi-mechanischer Perfektion und immanenter Tendenz zum erwünschten Gleichgewicht (Ergodizität; vgl. dazu Davidson 2012) als einem Zeichen von Interessenausgleich und sozialer Harmonie.

Auf die so gearteten Axiome werden Modelle solide gebaut, verfeinert, formal möglichst elegant ausgestaltet und ob ihrer festen Fundamentierung und methodischen Brillanz schwer angreifbar gemacht. Das mag durchaus in dem Bemühen geschehen, die Modelle immer komplexer und dadurch realitätsnäher zu machen, jedoch, wohlgermerkt, ohne an den axiomatischen Fundamenten rühren zu wollen oder zu lassen. Sogar Keynes (1938/1973) entschied sich zwecks Revolutionierung der neoklassischen Makroökonomie in der Hauptsache für eine Strategie, welche dem Mainstream auf dessen eigenem Terrain begegnet und ihn in diesem ergodischen Rahmen dort kontrastiert, um so den Mainstream besser überzeugen oder überwinden zu können. Deshalb wird die Bedeutung von Keynes, diesbezüglich repräsentiert durch den Neokeynesianismus, heute noch unterschätzt und, in Form der Neoklassischen Synthese, vom Mainstream assimiliert und in seiner praktischen Bedeutsamkeit marginalisiert. Allein der Post-Keynesianismus beachtet die wahre Radikalität des übrigen, des viel stärker umwälzenden und weit umstürzlerischeren Ansatzes von Keynes: die essenzielle Unsicherheit und folglich den Verlust der Ergodizität.

Der Mainstream klassifiziert jedoch heute wie gestern die Realität als eine imperfekte Verwirklichung einer perfekten Fiktion. Der daraus abgeleitete Anpassungsbedarf liegt daher bei der Realität, der Realtypus des Wirtschaftssystems müsse sich ändern (flexibler, börsenartiger werden), die Ideenwelt (in Form idealtypischer ökonomischer Modelle) soll im Wesentlichen unverändert bleiben, selbst wenn die Welt als Zustand nicht wesentlich dazu in der Lage sein sollte oder wollte, die Welt als Vorstellung erfolgreich nachzuahmen. Im Grunde bleibt also die Theorie als Norm für die Realität und nicht so sehr die Realität der Orientierungspunkt für die Modellbildung und Politikanleitung. Daraus ist schon vor gut 80 Jahren eine kognitive Dissonanz erwachsen.

In the Chicago economics classrooms of the 1930s, markets always cleared. Yet some students and teachers knew they had to reconcile theoretical dogma with the depression misery around them (Samuelson 1985: 4).

¹ (Margaret Thatcher. Online: <http://listverse.com/2007/12/21/top-25-quotes-of-margaret-thatcher/> [18.10.2012])

Deduktion von Wissen aus einem relativ stark generalisierten, idealtypischen Modell ist für die Wirtschaftswissenschaft immerhin charakteristisch, legitim und nicht *per se* abträglich. Deduktion von Konkreterem aus dem Allgemeineren verlangt aber für eine akzeptable Validität auch Aufgeschlossenheit für induktiv aus dem Realtypus gewonnene, fallstudienartige Wissensinputs in die Theoriebildung. Diese sind gleichsam Indizien für den faktischen Lauf der Welt, sollen als grundlegende Inspirationen für die Konstruktion deduktiver Modelle dienen und stellen somit für die Methodik einen *reality check* dar. Die Ökonomik soll sich nicht nur der Formalwissenschaften als Hilfsdisziplinen bedienen, sondern muss – als Sozial- und Realwissenschaft – nicht zuletzt auch empirisch orientiert und fundiert sein – etwa im Gegensatz zu Philosophie und Theologie (vgl. Russell 1949/1999). Doch selbst im Zeitalter des technisch weit fortgeschrittenen Empirismus werden Schätzmodelle und Testverfahren durch Axiome im Denken über die Wirtschaft inhaltlich gefärbt, ihre Ergebnisse sind deshalb vorgefasst (vgl. Zaman 2012) und in ihrer Normativität – der empirischen Unparteilichkeit, ja sogar dem Streben nach Falsifizierung – beeinträchtigt. In unseren Augen steht die Orthodoxie wesentlich für Deduktion, die Heterodoxie relativ stark für Induktion. Erstere hat das Problem mit der nützlichen Anwendbarkeit stark generalisierter Theorie auf den betreffenden Praxisfall, Letztere die Probleme mit Systematik und Zwingendheit (*coerciveness*), Generalisierbarkeit und formaler Eleganz.

Die jüngst in der Weltfinanz- und -wirtschaftskrise wieder besonders deutlich gewordene kognitive Dissonanz zwischen der Modellwelt und deren Erklärungsschwäche für Problembereiche der realen Welt wird von Lehrenden und Studierenden im Wesentlichen hingenommen, verdrängt oder verteidigt, etwa folgendermaßen: Die Märkte konnten doch nicht frei wirken und seien deshalb für die beklagten Ergebnisse nicht verantwortlich zu machen; das System ist gut, aber einige in ihm Handelnde sind verwerflich, und solches Fehlverhalten ist relativ zur Systemreform leicht zu korrigieren. Doch wie lange ist diese Defensive noch aufrechtzuerhalten?

Among the most astonishing statements to be made by any policymaker in recent years was Alan Greenspan's admission this autumn that the regime of deregulation he oversaw as chairman of the Federal Reserve was based on a "flaw": he had overestimated the ability of a free market to self-correct and had missed the self-destructive power of deregulated mortgage lending. The "whole intellectual

edifice," he said, "collapsed in the summer of last year" (Skidelsky 2008: MM21).

Kurt Rothschild (2006) begründet die Beharrlichkeit des Mainstream mit versunkenen Kosten, soll doch der hohe Aufwand des Studiums der Neoklassik nicht vergebens gewesen sein, sowie insofern mit hohen Opportunitätskosten, als man mit alternativen Ansätzen weder berühmt noch reich werden könne. Allerdings gibt es kommerzielle Grenzen für praxisresistente Axiomatik, indem Studierende fortschrittlichere Lehrbücher stärker nachfragen mögen, wenn diese den Nimbus großer Praxisnähe aufwiesen.

The established theory has reserves of strength. It sustains much minor refinement which does not raise the question of overall validity or usefulness. It survives strongly in the textbooks although even in this stronghold one senses anxiety among the more progressive and commercially sensitive authors. Perhaps there are limits to what the young will accept (Galbraith 1973: 1).

Andererseits setzen selbst heterodoxe Lehrende kaum alternative, keynesianisch orientierte Lehrbücher auf die Literaturlisten, um lästige Konflikte um das axiomatisch abgesicherte Theoriegebäude zu vermeiden oder die Studierenden vor formeller Erfolglosigkeit im späteren Beruf zu bewahren (vgl. Sardoni 2010).

Trotz der Hoffnung auf und Chance für einen didaktischen Aufbruch besteht eine latente Gefahr für den inhaltlichen Gehalt einer solchen Reform: die Kompromissbereitschaft der Neokeynesianer_innen (*New Keynesians*) gegenüber der Neoklassik und letztlich die Assimilation durch diese. Die Neoklassische Synthese ging aus beiderseitigen Annäherungsversuchen zwischen Neoklassik und originärem Keynesianismus – trotz des Antagonismus zwischen ihnen – hervor. Das Ergebnis ist, dass stabiles neoklassisches Gleichgewicht den allgemeinen Fall darstellt und keynesianische Phänomene den speziellen Ausnahmefall bilden, wenn Input- und Outputpreise starr wären. Post-Keynesianer_innen lehnen mit ihrer fundamentalen Lesart von Keynes diesen „*bastard Keynesianism*“ (Robinson/Wilkinson 1977: 201) ab. Selbst der Neokeynesianismus erscheint assimilationsgefährdet, wie dessen Duldung durch den Mainstream (vgl. Mankiw 1992) unterstreicht. Aus post-keynesianischer Sicht ist der tiefgreifende Keynes-Fall der allgemeine Fall und das allgemeine Gleichgewicht der Neoklassik der Spezialfall, der hypothetische Extremfall, der so gut wie nie eintreten mag.

Keynes developed a theory that is more general than classical and mainstream economic theory because

it is based on fewer restrictive fundamental axioms. The fewer the number of underlying axioms, the more general [is; RB] the theory. The most important classical axiom Keynes eliminated in his general theory is the ergodic axiom (Davidson 2012: 59).

Die von der Neoklassik unterstellte Ergodizität von Gleichgewicht setzt voraus, dass die „logische Zeit“ in der Theorie der „historischen, kalendarischen Zeit“ in der Realität in vertretbarem Maß äquivalent ist. Diese Annahme rechtfertigt, dass im theoretischen Modell die Kausalität aus der Zukunft in die Gegenwart zurückreicht und dass sie die Wirtschaftsteilnehmer_innen letzten Endes sicher ins neue Gleichgewicht führen wird. Indes müssen in der Praxis, in der historischen Zeit, die Zukunftserwartungen und Gegenwartsentscheidungen wegen essenzieller Unsicherheit auf der Basis bereits vergangener Daten getroffen werden: Die Kausalität verläuft vom Gestern über das Heute zum Morgen. Im Mainstream ist das künftige Gleichgewicht hingegen einsehbar, sind Prognosen zwar riskant, aber kalkulierbar. Das morgige Ergebnis der zahllosen heutigen Individualentscheidungen kann im Einzelnen wie im Kollektiv mithilfe einer bestimmten, vollständig definierten Wahrscheinlichkeitsverteilung festgestellt werden. Der Anpassungspfad ans neue Gleichgewicht ist vorgezeichnet, das Ergebnis *a priori* festgelegt.

Die anderen Ansätze, die hingegen auf das Axiom der Ergodizität trotz dessen formalanalytischer Vorzüge (relativ hohe analytische Operationalität) verzichten, werden vom Mainstream als marktfeindlich, weil kontra-axiomatisch, und unzweckmäßig, weil nicht ergodisch, angesehen und somit als destruktiv für Wissenschaft und Wirtschaft rundweg abgelehnt. Indes schließt das eine, wie wir mit Blick auf das Thema Deduktion versus Induktion meinen, das andere nicht kategorisch aus. Es kommt auf den Verwendungszusammenhang an; so ist eine Börse kein Supermarkt (vgl. Kenyon 1979), der Arbeitsmarkt weder ein Fischmarkt (vgl. Solow 1990) noch ein Kartoffelmarkt (vgl. Bofinger 2011). Die Frage, wie ein Markt besser erklärt werden könnte, scheint legitim. Doch wird unredlich die frühere zentralplanwirtschaftliche Wirtschaftsweise als abschreckende Analogie strapaziert, um den neoliberal-marktwirtschaftlichen Mainstream zu stützen (Marktwirtschaft statt Kommandowirtschaft), wurde doch der vergangene Systemwettbewerb zwischen Ost und West endgültig entschieden und ab 1989 durch den globalen Standortwettbewerb abgelöst (vgl. Sinn 2002). Alternativen zur neoliberalen Marktwirtschaft sind

ausgeblendet: Alternativen im Sinn marktwirtschaftlicher *second-best*-Lösungen, wie erforderlichenfalls regulierte Märkte, umfassende, aktive Beschäftigungspolitik oder stabilisiertes Wirtschaftswachstum, also Alternativen zur bestechenden, aber unrealisierbaren *first-best*-Lösung in Gestalt perfekter neoklassischer Märkte und Gesamtwirtschaften (vgl. Rothschild 1981). Die vorgebliche Alternativlosigkeit zeigt die Vormacht des Mainstream.

Ziel dieses Beitrags ist es zu untersuchen, wie keynesianisch, im Sinn von heterodox/alternativ, oder wie neoklassisch, im Sinn von orthodox, das vielenorts als modern empfundene Makroökonomik-Lehrbuchmodell von Olivier Blanchard et al. (2010) eigentlich ist. Es ist aus Sicht der allermeisten *US economics departments*, mit Ausnahme von Amherst, einem kleinen Teil von NYC (*New School*) und einigen ganz wenigen anderen akademischen Inseln echter Heterodoxie, schon links-häretisch. Worin liegen also nun die Progressivität und/oder Traditionalität dieses Modells (vgl. Bartel 2012, 2012a)?

Das neoklassische Arbeitsmarkt-Gleichgewichtsmodell als das hier verwendete Referenzmodell für den Mainstream erklärt eigentlich das nutzenmaximale Arbeitsangebotsverhalten des Haushalts und die gewinnmaximale Arbeitsnachfrage des Unternehmens. Es ist das Herzstück des neoklassischen Theoriengebäudes, weil dort der Arbeitsmarkt die letztliche Bestimmungskraft für Produktion und Wohlstand ausübt. Der Arbeitsmarkt sei die *causa causans*, der Gütermarkt durch ihn bestimmt. Das Arbeitsmarktmodell funktioniert letztlich wie ein Auktionsmarkt und verkörpert die Systemmethodik der Neoklassik. Besondere, wenn auch ungünstige Bedeutung erhält dieses vom Entstehungszusammenhang her mikroökonomische Modell dadurch, dass es auf makroökonomische Beschäftigungszusammenhänge angewandt wird, ohne seine Anwendbarkeit in diesem Kontext ernsthaft zu hinterfragen. Es trifft nämlich nicht unbedingt zu, dass Mechanismen, die für Teile des Systems gelten können, auch für das Gesamtsystem Geltung besitzen können. Denn im Aggregat sind die Entscheidungen und Handlungskonsequenzen eines Individuums auch durch die vermuteten oder tatsächlichen Auffassungen und Handlungen der jeweils anderen bestimmt und daher nicht oder nicht so einfach vorherzusagen. Eine mikroökonomische Betrachtungsweise ist daher wesentlich von einer Makroperspektive verschieden, da die Mikrobrille die wechselseitige Interdependenz relativ unzureichend einbezieht.

2. Der Arbeitsmarkt, auf Makroebene untersucht: Wie sich die Bilder unterscheiden

2.1 Das Mikro-Arbeitsmarktmodell auf Makroebene

Der *homo oeconomicus* ist der *representative agent* der Neoklassik; er oder sie wird als monokratische Entscheidungsinstanz für jeden Privathaushalt angenommen. Der *homo oeconomicus* kennt seine oder ihre (gegebenen) Präferenzen und hat eine unumstößliche Präferenz fürs Nichtstun. Die Arbeit, abgekürzt A , ist nicht mehr als ein Leid, das in jeder zusätzlichen Arbeitsstunde größer ist als in der vorigen. Wir sprechen vom zunehmenden Grenzleid der Arbeit. Dieses wird bei der individuellen Optimierung der Arbeitszeit (A^a) berücksichtigt (A^a bedeutet Arbeitsangebot des privaten Haushalts). Der *homo oeconomicus* ist nur bereit, Arbeit (wohlgernekt im Sinn von Arbeitsleistung, nicht Arbeitsplätzen) anzubieten und den damit verbundenen Negativnutzen in Kauf zu nehmen, wenn er oder sie dafür einen so hohen kaufkräftigen Stundenverdienst (Reallohnsatz) erhält, der ihm oder ihr einen Konsum ermöglicht, der für das entstehende Arbeitsleid hinreichend entschädigt. Gemessen wird der Reallohnsatz in Einheiten des präferierten Konsumgüterbündels: Essen, Wohnen, Urlaube etc. (am einfachsten stellen wir uns nur die Menge eines einzigen Konsumguts vor, die jemand für eine Stunde Arbeit kaufen kann).

Der Arbeitsmarkt gibt dem Individuum den Lohnsatz L vor, der Gütermarkt den Preis(-level) P . So bildet sich der Reallohnsatz L/P , ein Datum von der Wirtschaft als Ganze her und für die einzelnen Wirtschaftsteilnehmer_innen. Ist der Reallohnsatz höher als das Grenzleid der Arbeit, das bei der aktuell geleisteten Arbeitsmenge A^a messbar gefühlt wird, dehnt der *homo oeconomicus* sein oder ihr Arbeitsangebot A^a so lange aus, bis das mit A^a steigende Grenzleid der Arbeit so hoch ist wie der Reallohnsatz auf dem Markt. Denn nur dann erfüllt er oder sie die Prämisse, seinen oder ihren persönlichen Nutzen zu maximieren (d. h., A^a zu optimieren). Eine weitere Ausdehnung von A^a würde ihm oder ihr den Gesamtnutzen verringern, indem der Nettonutzen der zusätzlichen Arbeitsstunde negativ wäre: Der Nutzenverlust aus dem zusätzlichen Arbeitsleid wäre größer als der Nutzengewinn aus dem Reallohnsatz (entspricht dem Nutzen aus dem Konsum des Realeinkommens aus der zusätzlichen Arbeitsstunde).

Die Arbeitgeber_innen_seite fragt Arbeit A^n nach (im Sinn von Nachfrage nach der Arbeitsleistung der

Haushalte). Das Unternehmen ist ebenfalls nichts anderes als ein monokratischer *homo oeconomicus*. Lohnsatz und Preis(-level) sind für ihn oder sie ebenso vom Markt vorgegebene Daten wie die Technologie. Diese spielt eine entscheidende Rolle: Innerhalb der Produktionskapazität (Kapitalstockgröße und -qualität), die in der kurzen Frist unveränderlich ist, wird durch mehr Arbeitseinsatz mehr produziert und dadurch der Kapitalstock stärker ausgelastet. So ergibt sich das Phänomen der abnehmenden Grenzproduktivität: Mit einer zusätzlich eingesetzten Arbeitsstunde kann zwar absolut mehr produziert werden, aber im Vergleich zum Produktionsergebnis der vorigen Arbeitsstunde ist der Ausstoß der zusätzlichen Arbeitsstunde geringer – und das, weil der Kapitalstock stärker beansprucht wird (Stehzeiten, Ausschuss).

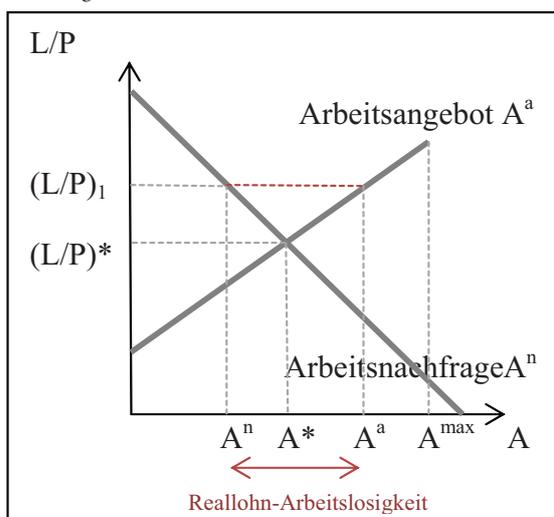
Aufgrund all dessen kann der *homo oeconomicus* als Unternehmer_in dann und nur dann zu einer Ausweitung der Beschäftigung A^n und damit der Produktion angereizt werden, wenn der vom Markt vorgegebene Reallohnsatz niedriger wird als die aktuelle, von der eingesetzten Technik bestimmte Grenzproduktivität. Denn nur dann kann er oder sie ihren oder seinen Gewinn maximieren; allein unter dieser Bedingung bewirkt die Ausdehnung von A^n einen zusätzlichen Gewinn, der den Gesamtgewinn noch erhöht. Warum? Die realen Grenzkosten einer Arbeitsstunde, also das, was die zusätzliche Arbeitsstunde real kostet, steigen – selbst bei gegebenem Reallohnsatz und gegebener Technologie – auslastungsbedingt an und müssen daher durch einen niedrigeren Reallohnsatz vonseiten des Marktes kompensiert werden. Würde A^n über die Optimalbedingung (Reallohnsatz = Grenzproduktivität) hinaus erweitert, entstünde dadurch ein zu vermeidender Verlust, der den Gesamtgewinn verringerte.

Arbeitsmarktgleichgewicht herrscht allein dann, wenn der Reallohnsatz gerade so hoch ist, dass deshalb die repräsentativen Haushalte so viel Arbeit anbieten, wie die repräsentativen Unternehmen – ebenso nach Maßgabe des Reallohnsatzes – nachfragen. Somit ist zum gleichgewichtigen Reallohnsatz $(L/P)^*$ der Arbeitsmarkt geräumt: $A^a = A^n = A^*$ (Abbildung 1).

Aus dem neoklassischen Arbeitsmarktmodell kann Folgendes geschlossen werden, dem selbst auf makroökonomischer Ebene uneingeschränkt Geltung zuerkannt wird:

a) Das Arbeitsergebnis beruht auf den freiwilligen Optimierungsentscheidungen beider Arbeitsmarktparteien unter den gegebenen Bedingungen (L , P , Präferenzen, Technologie, Information). Das

Abbildung 1: Neoklassisches Arbeitsmarktmodell



Quelle: Eigene Darstellung

begründet übrigens die mit der Planerfüllung verbundene allseitige Zufriedenheit (auch der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten) sowie soziale Harmonie.

b) Arbeitslosigkeit ist die Folge eines überhöhten Reallohnsatzes und wird daher durch eine entsprechend starke Senkung des Lohnsatzes L beseitigt, die auch den Reallohnsatz hinreichend senkt (Arbeitsmarktträumung durch den gleichgewichtigen Reallohnsatz).

c) Falls der aktuelle Reallohnsatz relativ zum gleichgewichtigen Reallohnsatz überhöht ist und nicht sinken will, können daran – und folgerichtig an der Arbeitslosigkeit – unmittelbar nur die monopolartige Lohnsetzungsmacht der Gewerkschaften und mittelbar die unzureichende Wettbewerbspolitik des Staates in Bezug auf den Arbeitsmarkt, aber auch den Gütermarkt schuld sein. Denn P muss ebenfalls sinken, damit die Menschen mehr Güter nachfragen, aber der Lohnsatz muss stärker sinken, damit L/P auch abnimmt.

d) Die gleichgewichtige Beschäftigung A^* ist im Standardfall kleiner als das Arbeitskräftepotenzial A^{\max} , das anzeigt, wie hoch die Gesamtzahl der Beschäftigten und zu arbeiten wünschenden Arbeitslosen ist. Die Differenz $A^{\max} - A^*$ ist übrigens jene Keynes'sche Arbeitslosigkeit, die immerhin bei neoklassischer Vollbeschäftigung herrscht. Die deshalb im Arbeitsmarktgleichgewicht festgestellte Unterbeschäftigung U ($U = A^{\max} - A^*$) ist wohlgermerkt freiwilliger Natur: Wäre nämlich die Präferenz für Arbeit größer, wäre also das Grenzleid der Arbeit geringer (was einer Verschiebung der A^a -Kurve nach unten bedeutete), dann wäre das Individuum bereit, zu einem niedrigeren Reallohnsatz zu arbeiten (d. h., auch mehr zu arbeiten als jetzt).

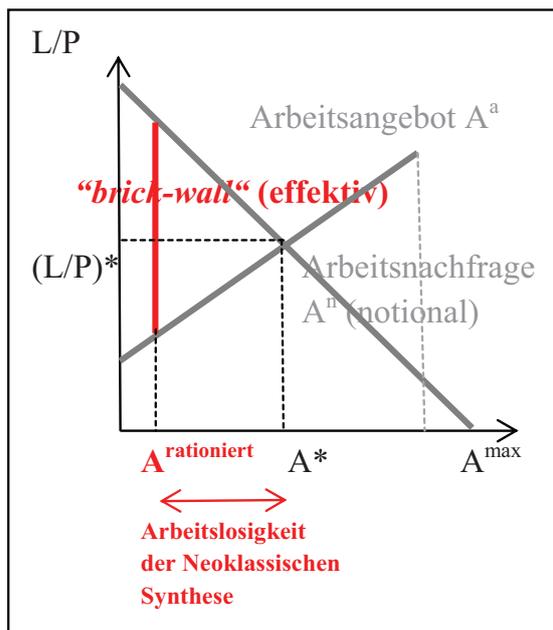
Unter dem Wettbewerbsdruck um die Arbeitsstunden bzw. Arbeitsplätze würden dann der Lohnsatz L , die Preise P und insgesamt auch der Reallohnsatz L/P abnehmen und daher die gleichgewichtige Beschäftigung anwachsen lassen.

Mit diesem Mainstream-Wissen kommen die Studierenden aus der Mikroökonomie- in die Makroökonomievorlesung und wenden dort bereitwillig das schon Bekannte makroökonomisch an. Freilich lernen sie dann auch, dass es Kreislaufprobleme in der Wirtschaft geben kann, weil Produktion und Beschäftigung wegen unzureichender Güternachfrage zurückgehen und es somit „kurzfristig“ keynesianische Unterauslastung der Ressourcen geben kann. Aber auch in diesem Ungleichgewicht sei allerdings, wie gewohnt, der Reallohnsatz L/P zu hoch, weil nämlich infolge der schwachen Konjunktur sofort die Preise P gesunken sind. D. h., der Lohnsatz L braucht bloß zu sinken und den Reallohnsatz wieder auf sein (unverändertes) Gleichgewichtsniveau zu bringen, das mit neoklassischer „Vollbeschäftigung“ A^* verbunden ist. „Mittelfristig“ ist die Beschäftigungsmarke A^* der ergodische Fluchtpunkt einer sich selbst wieder dorthin stabilisierenden Wirtschaft; jede Krise hört einmal auf, indem neben den Preisen auch der Lohnsatz wieder völlig angepasst wird (die nächste Lohnrunde kommt bestimmt und der Lohnsatz gerät unter Anpassungsdruck). Eine gesamtwirtschaftliche Krise à la Keynes heilt sich also (früher oder später) nach quasi einzelwirtschaftlichem Rezept (das schon in der historischen Weltwirtschaftskrise fehlschlug).

A^* wird gern die „natürliche Beschäftigung“ genannt; dazu korrespondieren der mit A^* produzierbare „natürliche Produktionsausstoß“, die „natürliche Arbeitslosigkeit“ (Personenanzahl) und (in Prozent des Arbeitskräftepotenzials A^{\max}) die „natürliche Arbeitslosenquote“ („*natural rate*“; vgl. Friedman 1975). Ob und wie weit allerdings diese Selbsterholung des Arbeitsmarktes und hiermit auch die des Gütermarktes gelingt, hängt davon ab, ob, wie rasch und wie sehr die Löhne und die Preise P flexibel sind, so dass die stabilisierenden Preiseffekte („Substitutionseffekte“) die rationierenden, destabilisierenden Einkommenseffekte („*brick-wall*“: vgl. Abbildung 2) überkompensieren. Kurzfristig können keynesianische Phänomene immerhin auftreten,

a) weil, wie die Neoklassik einräumt, Löhne und Preise nicht völlig flexibel seien (obwohl Rigiditäten nicht in ihr Konzept passen) bzw.

Abbildung 2: Neoklassik versus Keynesian „brick-wall“



Quelle: Eigene Darstellung

b) weil, wie der Keynesianismus meint, Einkommenseffekte immerhin selbst dann dominierten, wenn die Löhne und Preise und der Reallohnsatz flexibel wären (vgl. Abbildung 2: „brick-wall“).

Abbildung 2 illustriert das keynesianische Phänomen, dass der Arbeitsmarkt durch den (hier nicht gezeichneten) Gütermarkt „rationiert“ wird. D. h., die Güternachfrage und deshalb auch die Produktion sind so schwach, dass die solcherart rationierte Beschäftigung niedriger geworden ist, und zwar ungeachtet dessen, ob und in welche Richtung sich der Reallohn entwickelt („brick-wall“). Der Übergang von der keynesianischen „brick-wall“ „ $A^{\text{rationiert}}$ “ zum neoklassischen Gleichgewicht A^* bleibt entweder offen oder wird per Annahme gewährleistet (vgl. Rothschild 1981). Dabei bleibt im Rahmen der Neoklassischen Synthese ungeklärt, ob und welche Effekte sich aus der Umverteilung zugunsten der Löhne oder der Gewinne – also durch Reallohnanstieg oder Reallohnsenkung – auf die Güternachfrage und Beschäftigung ergeben; die dafür ausschlaggebende Verteilung der Einkommen auf dem Markt und deren Umverteilung durch Änderungen des Reallohnsatzes bleiben ebenso unberücksichtigt wie die Auswirkung der Umverteilung auf die realwirtschaftliche Aktivität.

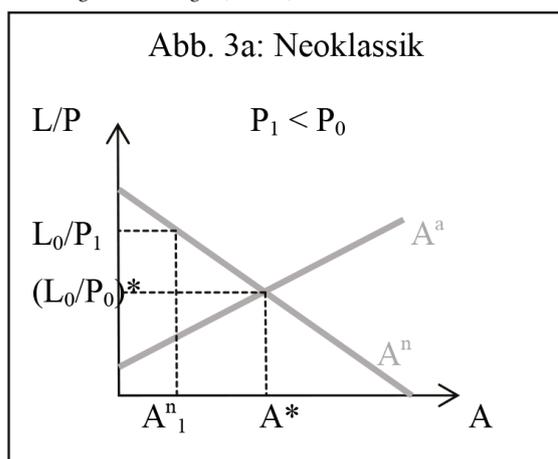
2.2 Das Makro-Güter- und Arbeitsmarktmodell aus Keynes'scher Sicht

Das Modell, das Keynes (1936/1973) auf neoklassischem Boden, in einer ergodischen Gedankenwelt

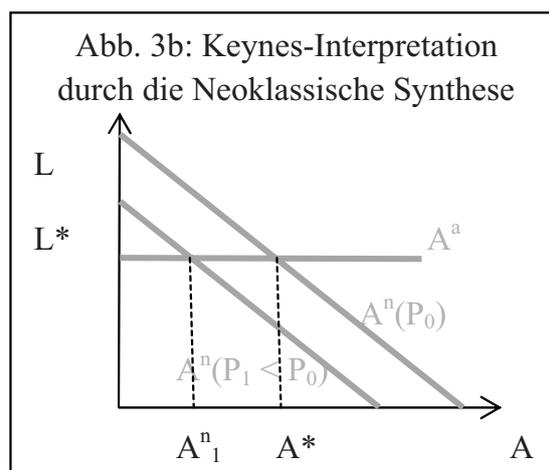
– allerdings nicht in einer des allgemeinen Gleichgewichts bei Vollbeschäftigung – aufstellte, zeichnet sich durch seine Einfachheit und zugleich relativ gute Praxisanwendbarkeit aus, ist aber wegen seiner Simplizität und Ergodizität immer wieder dem Vorwurf der Naivität ausgesetzt (*naive, hydraulic Keynesianism*). Im Keynes-Modell bilden die Unternehmen für die nächste Produktionsperiode Erlöserwartungen, welche eine Restriktion für ihre Entscheidungen und eine Rationierung des Arbeitsmarktes seitens des Gütermarktes bilden können: Mehr wird nicht produziert als die Menge von Gütern, welche vermutlich – zum erwarteten Preis – mit größtmöglichem Gewinn verkauft werden kann; die Erlöserwartung beschränkt also die nach neoklassischem Kalkül gewinnmaximale Produktionsmenge. So gibt es zwar bei Keynes neoklassische Gewinnmaximierung, aber unter den entscheidenden Vorbehalten der Erwartungen über Absatzmenge und -preis, die sich im Optimismus/Überschwang expansiv auswirken (Aufschwung, Überhitzung) und in Pessimismus/Depression kontraktiv (Rezession, Krise). Zudem rechnete Keynes weder in der Rezession noch in der Erholung mit erheblich sinkenden bzw. steigenden Preisen; auf kurze Sicht seien eben die Nachfragemengenerwartungen so dominant wie flatterhaft. Konjunktur ist nach Keynes (1936/1973) eben primär ein Mengen- und realer Einkommenszyklus, aber keine systemimmanente Tendenz der Rückkehr zu irgendeinem Konjunkturgleichgewicht A^* oder gar zur Vollbeschäftigung des Arbeitskräftepotenzials A^{max} , also in der Hauptsache kein Reallohnzyklus mit leistungsfähiger Selbststabilisierung der Realwirtschaft (Beschäftigung, reale Produktion und Realeinkommen).

Das technisch-organisatorische Input-Output-Verhältnis, die Produktionsfunktion, gibt an, wie hoch die Beschäftigungsnachfrage der Unternehmen je nach erwarteter Güternachfrage bzw. wie groß die Arbeitslosigkeit ist. Keynes (1936/1973; vgl. in Kurzform auch 1937/1973) geht von einer festen, nicht wesentlich verzögerten Beziehung aus: Güternachfrage – Produktion – Beschäftigung – Güternachfrage ... So gesehen ist der Gütermarkt (mit seiner „aggregierten Nachfrage“, der Gesamtnachfrage nach inländischen Finalgütern) und nicht der Arbeitsmarkt (mit seinem Reallohnsatz) das Kernstück in Keynes' Makromodell. Zwar ging Keynes *in puncto* Arbeitsnachfrage mit der Neoklassik konform, aber nicht im Fall der Rationierung der Arbeitsdurch die Güternachfrage. Er unterschied den doch auf verschiedenen Märkten gebildeten Reallohnsatz L/P in

Abbildungen Abbildungen 3a und 3b: Rezession bei starrem Nominallohnsatz



Quelle: Eigene Darstellung



Quelle: Eigene Darstellung

die Bestimmung des Lohnsatzes L und des Preisniveaus P und unterstellte für das Arbeitsangebot dreierlei (Appelbaum 1979):

a) Ein einmal erzielter Nominallohnsatz wird möglichst gegen seine Senkung verteidigt. Lohnsenkungen sind daher eher selten, außer in sehr schweren Krisen. Darum wird Keynes'sche Arbeitslosigkeit vom Mainstream gern bloß auf Lohnstarrheit zurückgeführt.

b) Allerdings wandte Keynes gegen die Empfehlung der Neoklassik, bei Arbeitslosigkeit wegen eines überhöhten Reallohnsatzes L/P den Nominallohnsatz L zu senken, ein, dass der Reallohnsatz etwa in gleicher Höhe erhalten bliebe, weil die Reduktion des Nominallohnsatzes eine Preiskonkurrenz auf dem Gütermarkt auslöse und das Preisniveau P abnehme, so dass die Rezession nicht mehr im Weg der Reallohnsatzsenkung kompensiert werden könne (vgl. Appelbaum 1979).

c) Für eine Ausweitung des Arbeitsangebots müsse (nicht zuletzt, weil Arbeit nicht nur Leid ist) keine Erhöhung des Nominal- und somit *ceteris paribus* auch des Reallohnsatzes vorgenommen werden (*ceteris paribus* heißt allgemein: bei unveränderten Rahmenbedingungen; hier: bei konstantem Preisniveau). Expansion müsse also keinen Lohndruck nach oben erzeugen; vor allem nicht in der Erholungsphase nach einer Krise.

d) Das Arbeitsangebot werde – unter dem Druck der prekären Arbeitsmarktverhältnisse – nicht reduziert, selbst wenn der fixierte Lohnsatz L durch ein steigendes Preisniveau (Inflation) real geschmälert wird. Sinkt der Reallohnsatz also auf diese Weise (beachte den Unterschied zu Punkt c), so werde das Arbeitsangebot deshalb nicht geringer (es ist ein gra-

fischer Unterschied im $[A, W/P]$ -Diagramm, aber kein inhaltlicher Widerspruch).

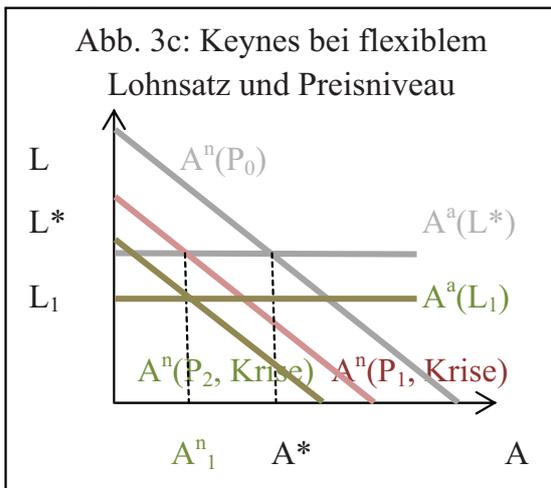
Abbildung 3a verdeutlicht die neoklassische Argumentation, dass in der Rezession das Preisniveau P sinke, der Reallohnsatz *ceteris paribus* steige, aber die Gewerkschaften eine Abnahme des Nominallohnsatzes L und *ceteris paribus* des Reallohnsatzes verhindern. Somit erzeugt der überhöhte Reallohnsatz (kollektiv-) freiwillige Arbeitslosigkeit.

Abbildung 3b zeigt denselben Sachverhalt, nämlich Reallohnarbeitslosigkeit, in unmittelbarer Abhängigkeit vom Lohnsatz L und mittelbar – bei jeweils gegebenem Preisniveau – auch in Abhängigkeit vom Reallohnsatz L/P . Die Preisniveausenkung in der Rezession erhöht den Reallohnsatz und verringert die Arbeitsnachfrage A^n bei jedem Lohnsatz L (d. h. unabhängig von L); die Arbeitnehmer_innen verteidigen den Nominallohnsatz gegen Senkungen und halten dadurch ihren Reallohnsatz, aber auch die Arbeitslosigkeit hoch.

In den Abbildungen 3c und 3d geben wir in Übereinstimmung mit Keynes die Voraussetzung der Lohnsatzstarrheit auf und stellen dar, dass selbst bei Lohnsatzsenkung der Reallohnsatz nicht reduziert und folglich die Arbeitslosigkeit nicht nach neoklassischer Art verringert werden kann.

Abbildung 3c demonstriert: Die Rezession der Realwirtschaft reduziert das Preisniveau P von P_0 auf P_1 , steigert *ceteris paribus* den Reallohnsatz auf L_0/P_1 und bringt bei jedem Lohnsatz L (d. h. unabhängig vom Lohnsatz L_0) eine geringere Arbeitsnachfrage mit sich: Die Arbeitsnachfragefunktion verschiebt sich – bei reduziertem, dann aber zunächst unverändert niedrigem Preisniveau P_1 – von $A^n(P_0)$ auf $A^n(P_1, \text{Krise})$ nach

Abbildungen 3c und 3d: Rezession bei flexiblem Nominallohnsatz

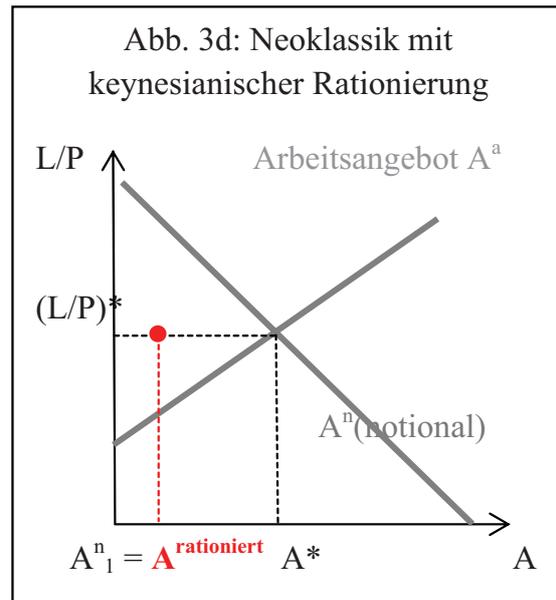


Quelle: Eigene Darstellung

innen. Wenn nun die Arbeitnehmer_innen mit dem Lohnsatz L nach unten nachgeben und sich dadurch, grafisch gesehen, die Arbeitsangebotsfunktion $A^a(L^*)$ auf $A^a(L_1 < L^*)$ nach unten verschiebt, eröffnet diese Kostensenkung wettbewerbsbedingt den Druck auf das Preisniveau nach unten, es sinkt tatsächlich von P_1 auf P_2 und steigert somit den Reallohnsatz abermals. Die Arbeitsnachfrage geht deshalb von $A^n(P_1, \text{Krise})$ nach unten bzw. innen, nämlich auf $A^n(P_2, \text{Krise})$, und zwar wegen $P_2 < P_1$.

Wir stellen dies in Abbildung 3d mittelbar dar, nämlich, nach neoklassischer Art, in Abhängigkeit vom Reallohnsatz L/P statt vom Lohnsatz L : Wegen prozentuell (in etwa) gleich stark abnehmendem L und P bleibt der Reallohnsatz L/P (fast) unverändert, und die Beschäftigung nimmt rezessionsbedingt (d. h. durch Rationierung seitens des Gütermarktes) von A^* auf A_1^n ab. Von der „brick-wall“ ist effektiv nur der Punkt $[A^{\text{rationiert}}, (L/P)^*]$ übrig geblieben – ohne jeden Bezug zu den bloß „notionalen“ (d. h. gedachten, bloß ohne Rationierung gültigen, nur von L/P abhängigen) Arbeitsmarktfunktionen $A^a(L/P)$ und $A^n(L/P)$; das zeigt lediglich die schiere Hinfälligkeit der makroökonomischen Erklärung von Arbeitslosigkeit auf Basis der Neoklassik und Neoklassischen Synthese. Haben wir Gleichgewicht, brauchen wir dieses Modell eigentlich nicht, haben wir Ungleichgewicht, können wir es nicht gebrauchen. Wenn die Arbeitsanbieter_innen rationiert sind, ist es völlig egal, wie die Kurve verläuft, weil sie irrelevant ist, zumal sich die Arbeitsmarktteilnehmer_innen ohnehin nicht auf ihr befinden und anders beeinflusst sind.

Gehen wir nun im Hinblick auf die „brick-wall“ (Rationierungswirkung) ein wenig über Keynes hinaus



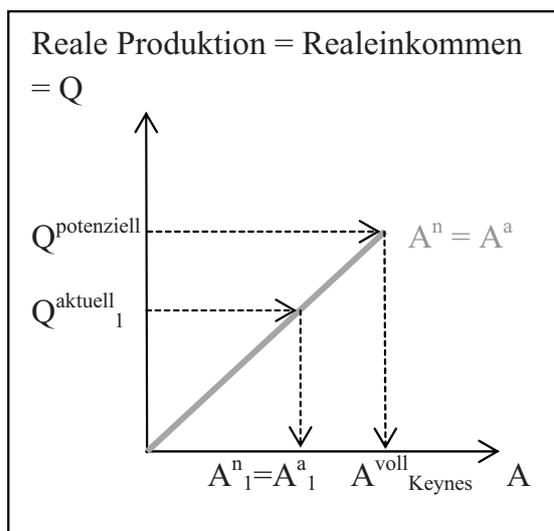
Quelle: Eigene Darstellung

und blicken wir zu Michal Kalecki (vgl. Flakierski 2004; Lópes/Assous 2010), dem „polnischen Keynes“, der zum Teil Keynes' Zeitgenosse und der Co-Erfinder der Keynes'schen Theorie der effektiven (beschäftigungswirksamen) Nachfrage war. Kaleckis explizite Einbeziehung der Einkommensverteilung in die Erklärung der effektiven Nachfrage bringt uns insofern weiter, als sie uns in die Lage versetzt, die Verschiebung der „brick-wall“ (vgl. Abbildung 2) infolge von Reallohnsatzänderungen zu bestimmen.

Ausgangsbasis ist die Prämisse, dass die Niedrigeinkommenshaushalte, die im Arbeitnehmer_innenbereich angesiedelt sind, eine höhere Konsumneigung aufweisen als Hocheinkommenshaushalte, die dem Unternehmer_innenbereich zugeordnet werden. Die Konsumneigung ist jener Bruchteil des verfügbaren Einkommens, der automatisch zu Konsum wird. Zwar geben die Hocheinkommenshaushalte in absoluten Beträgen mehr für Konsum aus, doch die Niedrigeinkommenshaushalte verausgaben eben einen höheren Bruchteil ihres verfügbaren Einkommens für Konsum, um über die Runden kommen zu können. Insofern sind sie durch eine höhere Konsumneigung gekennzeichnet.

Nun stellt eine Erhöhung des Reallohnsatzes L/P bei (noch) unverändertem Niveau von Produktion und Einkommen eine marktmäßige Einkommensumverteilung von Hoch- zu Niedrigeinkommenshaushalten, von Unternehmer_innen- zu Arbeitnehmer_innenhaushalten dar. Aufgrund der höheren Konsumneigung der von der Umverteilung bevorteilten Niedrigein-

Abbildung 4: Die Keynes'sche Beziehung zwischen Güter- und Arbeitsmarkt (die technisch-organisatorisch gegebene Produktionsfunktion)



Quelle: Eigene Darstellung

kommenshaushalte ergibt sich eine höhere gesamtwirtschaftliche Konsumneigung und daher auch eine höhere Konsumsumme bei noch unverändertem Einkommen (vgl. Bofinger 2011: 351). In der Folge wachsen Produktion, Einkommen und Beschäftigung an: Mithin verschiebt sich die „brick-wall“ nach rechts (in Abbildung 2 nicht dargestellt). Aus der Modellperspektive der Neoklassik ist es umgekehrt; da würde eine Steigerung des Reallohnsatzes (nach Maßgabe der notionalen Funktionen, die dann noch weiter auseinanderklaffen) die Krise noch verschärfen.

Kehren wir von Kalecki wieder zu Keynes zurück. Seiner Erklärung nach ist die Beschäftigung generell von den Erlöserwartungen der Unternehmen abhängig. Ändern sich die *animal spirits* (Bauchgefühle) der Wirtschaftsteilnehmer_innen (vgl. Akerlof/Shiller 2010), d. h. die Emotionen der Massen, noch nicht, schlägt also der Pessimismus noch nicht in Optimismus um (oder umgekehrt), können wir die erwarteten Erlöse durch die aktuellen Erlöse und diese durch die Produktion (Endproduktion = Gesamteinkommen) mit methodisch einigermaßen gutem Gewissen annähern. Deshalb bleibt der Konjunkturzustand *ceteris paribus* – will heißen, bis zur Änderung der massenpsychologischen Rahmenbedingungen – unverändert. Das ergoische Gleichgewicht ist ein Beharrungsgleichgewicht: zuallermeist bei Unterauslastung der Ressourcen. Das potenziell erreichbare Realeinkommensniveau bleibt unerreicht, wenn dazu alle zu pessimistisch und zu knausrig sind: wenn die Haushalte zu wenig konsumieren, die Unternehmen zu wenig investieren und

der Staat spart; deshalb bleibt auch die Beschäftigung niedrig, die Arbeitslosigkeit hoch (Abbildung 4).

2.3 Das Keynesianische (?) am Lehrbuch-Arbeitsmarkt: ein *fooling model*?

Was wird nun in dem eingangs angesprochenen, *grosso modo* für US-amerikanische Verhältnisse nahezu revolutionär anmutenden Lehrbuch kommuniziert?

2.3.1 Das makroökonomische Lehrbuchmodell von Olivier Blanchard et al.

Das hier betrachtete makroökonomische Lehrbuchmodell (Blanchard et al. 2010: 144ff.) präsentiert sich auf den ersten Blick als Alternative zur Darstellung des Arbeitsmarktmodells der Neoklassik und greift dabei zweifellos auch auf Keynes zurück:

a) Die aggregierte Nachfrage bestimmt die Güterproduktion, die effektive Beschäftigung bzw. die Arbeitslosigkeit (Unterbeschäftigung U) und die Arbeitslosenquote u :

$$u = U/(A + U)$$

b) Der Arbeitsmarkt wird durch eine bilaterale Monopolstellung von Arbeitnehmer_innen- und Arbeitgeber_innen-Verbänden beschrieben, wo Macht die zentrale Rolle für die Lohn- und Preisbildung spielt. Die relative Verhandlungsmacht zwischen den beiden Parteien wird sowohl von strukturellen als auch von konjunkturellen Faktoren geprägt:

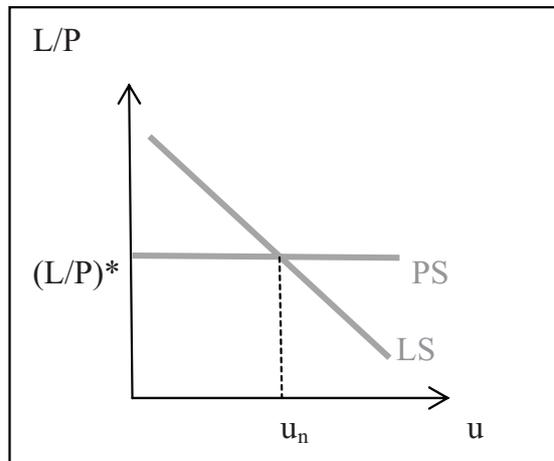
Je stärker die Gewerkschaftsorganisation, desto höher fallen der Lohnsatz und *ceteris paribus* der Reallohnsatz aus.

Je schwächer der Unternehmenswettbewerb, desto höher liegt der Preis über dem Lohnsatz und desto geringer ist *ceteris paribus* der Reallohnsatz. Das Arbeitsmarktgleichgewicht ist ein Machtgleichgewicht, in dem weder die Gewerkschaften den Lohn noch die Unternehmen den Preis ändern können (quasi ein Patt).

Das impliziert auch, dass die Inflation null ist und somit absolute Preisniveaustabilität herrscht. (Oder aber es bedeutet – dynamisch statt statisch betrachtet –, dass der Lohnsatz und das Preisniveau mit derselben, einer eben nur im Gleichgewicht konstanten Rate wachsen, so dass wir von relativer Preisniveaustabilität sprechen; Reallohnsatz und Inflationsrate sind konstant.)

Das Arbeitsmarktgleichgewicht ist insofern ein Erwartungsgleichgewicht, als nur hier die vergangenheitsorientierten Preisniveauerwartungen der Arbeitnehmer_innen erfüllt sind. Diese korrigieren ihre

Abbildung 5: Lohn- und Preissetzungsbeziehung (LS, PS) in Blanchard et al. (2010) – mit Arbeitslosenquote u , natürlicher Arbeitslosenquote u_n und Reallohnsatz L/P



Quelle: Eigene Darstellung

Erwartungsfehler stets im Nachhinein und haben nur dann die Chance auf richtige Erwartungsbildung über das Preisniveau, wenn dieses im Gleichgewicht *ceteris paribus* stabil ist (siehe den vorigen Punkt). Dann haben sie keine Rechtfertigung mehr, höhere Löhne zu verlangen, und keine Chance mehr, sie durchzusetzen. Denn sie können nicht mehr ins Treffen führen, ihre Lohnabschlüsse auf der Basis von falschen Informationsvoraussetzungen (d. h. bei zu geringen Inflationserwartungen) ausgehandelt zu haben.

Das Arbeitsmarktgleichgewicht ist aber auch ein Konjunkturgleichgewicht, in dem Produktion (Einkommen) und Beschäftigung bzw. Arbeitslosigkeit insofern nur von strukturellen Faktoren, also relativer Marktmacht, erzeugt werden, als keine Nachfrageschocks dieses allgemeine Gleichgewicht stören und die Wirtschaft vorübergehend davon abbringen.

Doch das Besondere an diesem zunächst unverdächtig anmutenden Konzept ist (abgeleitet aus dem vorigen Punkt), dass im Gleichgewicht die Bedeutung der effektiven Nachfrage für das Gleichgewicht völlig vernachlässigt wird. Die aggregierte und effektive Nachfrage wird einfach vorausgesetzt, indem das Konjunkturgleichgewicht bloß durch angebotsseitige Faktoren, wie die Produktivität, festgelegt wird. Dazu kann es deshalb kommen, weil die aggregierte Nachfrage, der Einfluss des Gütermarktes auf den Arbeitsmarkt, bloß als Störfaktor für das Gleichgewicht behandelt wird. Zu viel Nachfrage, Produktion und Beschäftigung sind schlecht, weil sonst die Inflation steigt; zu wenig davon ist unerwünscht, weil sonst die Arbeitslosigkeit wachse und unnatürlich hoch werde.

Abweichungen vom mittelfristigen Gleichgewicht passieren nur kurzfristig; dann setzen die Anpassungsreaktionen von Lohnsatz und Preisniveau in Richtung des Ausgangsgleichgewichts ein und sind auf mittlere Frist wieder abgeschlossen: Die Phase der vorübergehenden (kurzfristigen) Gleichgewichte bei Unter- oder Überbeschäftigung ist dann vorüber; das abermals erreichte mittelfristige Gleichgewicht ist nach wie vor *ceteris paribus* stabil.

c) Die Anpassungen zwecks Selbststabilisierung der Wirtschaft hin auf die „natürlichen“ (strukturellen, angebotsseitigen) Werte der Realwirtschaft geschehen wohlgernekt mittels Lohn- und Preisänderungen, ohne dass dies an dieser Stelle von Blanchard et al. (2010) explizit gemacht würde. Hier wurde ein keynesianischer Inhalt implizit in einen Tatbestand der Neoklassischen Synthese umgewandelt. Warum fällt das nicht gleich auf?

d) Das Funktionieren des Arbeitsmarktes wird hier zwar nicht durch Arbeitsangebots- und Arbeitsnachfragefunktion beschrieben, sondern durch eine „Lohnsetzungsbeziehung“ (LS) und eine „Preissetzungsbeziehung“ (PS); vgl. Abbildung 5, aber in Wahrheit dennoch in neoklassischer Weise.

Die Lohnsetzungsbeziehung besagt, dass, neben den strukturellen Machtfaktoren, ein Konjunkturhoch, ebenfalls verhandlungsmachtbedingt, einen höheren, ein Konjunkturtief nur einen niedrigeren Lohnsatz L hergibt als im Gleichgewicht. Bei einem im Konjunkturverlauf unveränderten Preisniveau P (sic!), das zwar keynesianisch ist, aber nicht zu den konjunkturell mitbestimmten Löhnen passt (siehe den nachfolgenden Absatz), steigt genau deshalb der Reallohnsatz L/P mit zunehmender Produktion und Beschäftigung (abnehmender Arbeitslosigkeit) – und analog umgekehrt. Das passt vom Verlauf her zur Neoklassik, aber die Kausalität geht wie bei Keynes von Produktion und Beschäftigung zum Reallohnsatz, aber nicht umgekehrt.

Die Preissetzungsbeziehung gibt an, dass das Preissetzungsverhalten der Unternehmen (beschrieben durch den Gewinnaufschlagssatz g auf den Lohnsatz L) nicht von der Konjunktur beeinflusst wird: $P = L(1 + g)$; das ist an sich eine durchaus vertretbare Annahme. Doch gilt auch hier etwas Unrealistisches: Unter der Voraussetzung, dass der Lohnsatz im Konjunkturverlauf konstant sei (sic!), was ebenfalls keynesianisch ist, bleibt der Reallohnsatz L/P unverändert hoch, selbst wenn sich die Konjunktur (gemessen an realem Output und Beschäftigung) und der Lohnsatz ändern.

Was ist nun zu kritisieren? Die vorangegangenen Punkte passen auch nicht zusammen. Die Lohn- und die Preissetzungsbeziehung passen im Allgemeinen nicht zusammen. LS gilt unter der Voraussetzung eines konstanten Preisniveaus, doch die Konjunktur ändert hier Lohnsatz- und Preisniveau; PS trifft unter der Bedingung eines konstanten Lohnsatzes zu, doch auch dies widerspricht der Modellierung. Aber die beiden Beziehungen schneiden einander und legen somit einen – ergodischen (sic!) – Gleichgewichtspunkt fest. Eben nur im Gleichgewicht sind Lohn- und Preisbildung miteinander konsistent. Und schon hat sich die „Falle“ Gleichgewicht geschlossen; die Konjunktur gleicht sich annahmegemäß selbst aus.

2.3.2 *Déjà-vu*

Enttarnt ist es für Blanchard et al. (2010) ebenso typisch wie in der Neoklassik und der Neoklassischen Synthese beredt, dass ein „Andreaskreuz“ gebildet wird (zwei Beziehungen schneiden einander grafisch – und retten die Gleichgewichtstheorie). Im gegenständlichen Fall zielt man mit der Lohn- und der Preissetzungsbeziehung, noch dazu bei nicht zueinander passenden Annahmen über die Konstanz von Lohnsatz bzw. Preisniveau, lediglich darauf ab, eine konsistente Konstellation, einen *ceteris paribus* fixen Schnittpunkt (LS \cap PS) zu erhalten. Auf diese Weise wird dem Gedankengut eines stabilen Gleichgewichts Genüge getan – und das Prinzip der effektiven Nachfrage „ausgeschaltet“, um so eine typisch neoklassische Norm zu verfestigen, und zwar in einem möglicherweise keynesianisch erachteten Modell (Abbildung 5). Zumindest ist daran nichts originär Keynesianisches, eigentlich nur Bastard-Keynesianisches.

Es ist frappant, dass – unbeschadet der Tatsache, dass die Kausalität im Modell von Blanchard et al. (2010) von der effektiven Nachfrage über den Lohnsatz L und das Preisniveau P zum Reallohnsatz L/P reicht – dieses Modell zu einem Gleichgewicht gelangt, das durch einen bestimmten Reallohnsatz gekennzeichnet ist. Den Ausschlag dafür gibt letztlich die Konzipierung des hier einschlägigen Gleichgewichts als ein Erwartungs- und Konjunkturgleichgewicht. Eine starke Norm ist entstanden; die „*natural rate*“ ist in neuen Schläuchen eingelagert bzw. ist die Kaiserin Neoklassik in suggestiv und imaginiert neuen Kleidern erschienen. Die Wirtschaft landet schließlich in einem allgemeinen Gleichgewicht, das durch automatischen Anpassungsdruck erreicht wird, sofern wir uns nur dem „Sachzwang“ und

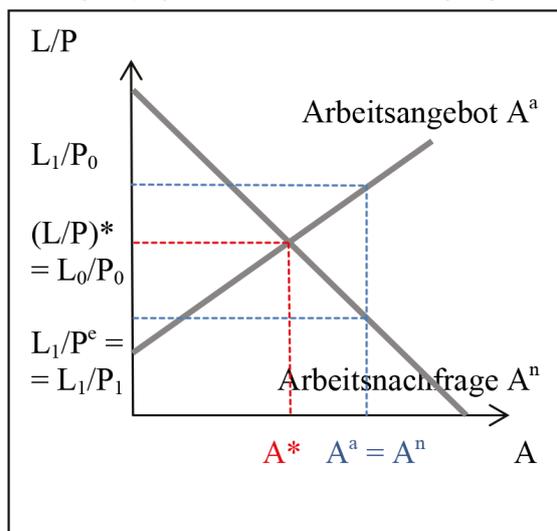
dem *Credo* der Flexibilität auf allen Märkten beugen. Effektive Nachfrage soll eine Schöpfung stabilisierender Substitutionseffekte, nicht Ergebnis destabilisierender Einkommenseffekte sein, denn dann können wir die Rationierung ausschließen und die effektive Nachfrage in ihrer Bedeutung demontieren. Das stabile Gleichgewicht kann als „natürliches“ Gleichgewicht angesehen werden, wenn die Natur des Marktes tatsächlich in der börsenartigen Preisflexibilität besteht und tendenziell (mehr oder weniger schnell) nur mehr Angebotseffekte den Ausschlag geben. Als unnatürlich wird hingegen Güternachfrage angesehen: als möglicher Störfaktor für das Konjunkturgleichgewicht; solche Ungleichgewichte wären aber leicht überwindbar und bedürfen keiner aktiven staatlichen Stabilisierungspolitik.

Die strukturellen, angebotsseitigen Faktoren legen im Gleichgewicht offenbar die Produktion fest, die ihrerseits für die Güternachfrage sorgt. Das entspricht dem „Say’schen Gesetz“, nach dem sich jedes Angebot seine Nachfrage selbst schaffe (Say 1803/1977). Das „Gesetz“ von Say ist immerhin, jeweils unterschiedlich ausgelegt, eine der Grundsäulen verschiedener wirtschaftsliberaler, gleichgewichtsorientierter Schulen:

- Der Klassische ökonomische Liberalismus meint, Sparen wäre der breiten Bevölkerung kaum möglich und wurde leicht von den Investitionen aufgesogen, so dass Gütermarktgleichgewicht die Regel war (vgl. Bofinger 2011: 354f.).
- Die Neoklassik betont, der Zinssatz gleiche Investition und Ersparnis, also auch Gesamtangebot und Gesamtnachfrage auf dem Gütermarkt aus (vgl. Bofinger 2011: 393f.).
- Die dem Neoliberalismus zugrunde liegende Neue Klassische Makroökonomik vertritt, die Menschen ließen sich im Regelfall nicht täuschen und aus dem Gleichgewicht locken, sondern verblieben darin (vgl. Gordon 1990: 197ff.).

In einem Modell wie dem von Blanchard et al. (2010) verwundert die Implikation von Say auf den ersten Blick, aber bei genauerem Hinsehen eben nicht mehr. Das LS \cap PS-Diagramm hängt durchaus mit dem A^a - A^n -Diagramm der Neoklassik zusammen. Unser entscheidendes Ergebnis ist, dass ein keynesianisch gekleidetes Modell schließlich zu nur einem einzigen tatsächlich relevanten, weil einzig konsistenten Punkt (LS \cap PS), dem allgemeinen Gleichgewicht, zusammenschrumpft. Das „Andreaskreuz“ LS \cap PS lässt daher die Vermutung aufkommen, dass Lohn- und Preissetzungsfunktion allein die Zwecke erfüllen mögen, eine *ceteris paribus* stabile gleichgewichtige Arbeitslosenquote festzulegen,

Abbildung 6: Gefangen im neoklassischen Arbeitsmarktgleichgewicht



Quelle: Eigene Darstellung

dadurch eine („natürliche“) Norm zu etablieren und, davon abhängig, ein bestimmtes Anpassungserfordernis als „Sachzwang“ zu begründen. Das entspricht Keynes sicher nicht. Doch die Kritik reicht noch weiter und bezieht sich auch auf Grundlegenderes.

2.3 Gleichgewicht als Falle – und eine Alternative dazu

Die Problematik des Gleichgewichts ist der Tücke seines harmoniebezogenen Begriffsinhalts geschuldet. Definitionsgemäß sind im – allerdings mikroökonomischen – Gleichgewicht alle Marktteilnehmer_innen mit der Erfüllung ihrer unter den gegebenen Umständen doch optimalen Pläne zufrieden und haben somit kein Motiv, ihr Verhalten zu ändern.

2.3.1 Lost in Paradise

When a market is in equilibrium, all participants are satisfied that, in the circumstance in which they are placed, they made the best possible choices, but they could not have done so unless they knew, when choices were open, what the outcome would be. Equilibrium is conceivable only in a completely traditional economy, where everyone knows what everyone else will do. But in that situation, there are no decisions to be taken or choices to be made (Robinson 1979: xi-xii).

Was könnte demnach den neoklassischen Arbeitsmarkt überhaupt aus seinem Gleichgewicht bringen (Abbildung 6)?

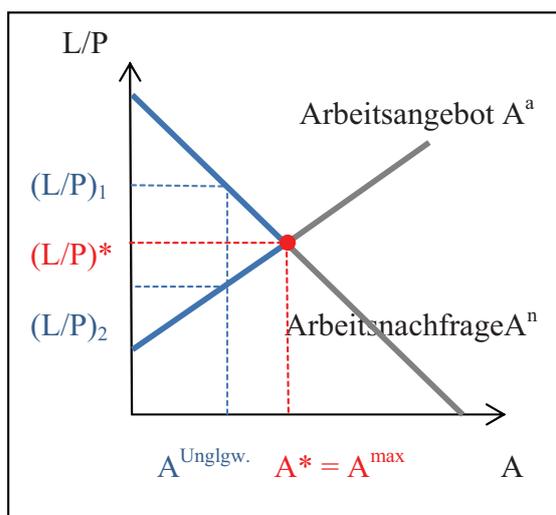
Erwarten die Unternehmen eine höhere Nachfrage, müssten sie einen höheren Nominallohnsatz bieten, um tatsächlich mehr Arbeitsangebot zu kriegen, sind doch die Arbeitnehmer_innen in ihrem Nutzenmaximum. Ein höherer Nominallohnsatz bedeutet aber *ceteris paribus* (d. h. bei noch unverändertem Preisniveau) auch einen höheren Reallohnsatz, und dieser reizt die Unternehmen immerhin an, weniger statt mehr zu produzieren. Die Unternehmen müssten also die Preise prozentuell stärker erhöhen können als die Löhne, um gewinnmaximierend mehr produzieren zu können. Doch das heißt wiederum, dass der Reallohnsatz sinkt und klar dem Anreiz zu mehr Arbeitsangebot zuwiderläuft. Die Anreize für Unternehmen und Haushalt, mehr zu produzieren und mehr zu verdienen, stehen einander diametral gegenüber und fesseln die Marktparteien im Gleichgewicht.

Die gefärbten Linien in Abbildung 6 kennzeichnen die „kürzere Seite des Marktes“, die sich immer durchsetzt; ist der Reallohnsatz zu hoch, wird nur die relativ geringe Arbeitsnachfrage realisiert; ist er zu niedrig, wird nur das relativ geringe Arbeitsangebot beschäftigungswirksam. Um die bislang konfligierenden Anreizbedingungen beider Arbeitsmarktseiten miteinander zu vereinbaren, müssten die Unternehmen die Preise prozentuell so stark erhöhen wie die Löhne. Doch das ließe den Reallohnsatz unverändert und führte realtypisch zur „Entdeckung“ des Arbeitsmarktgleichgewichts und seiner Stabilität. Nachfrageschocks müssten in Bezug auf Beschäftigung, Reallohnsatz und realen Output unwirksam („neutral“) sein (vgl. Gordon 1990: 197ff.). Die Menschen sind quasi dazu verurteilt, in ihrem Optimum zu verharren.

Milton Friedman war hingegen ein Ökonom, der seine ursprüngliche Position von der völligen Unwirksamkeit von Nachfrageschocks angesichts der Schwankungen in der Wirtschaftsentwicklung in die Auffassung wandelte, dass Nachfrageimpulse immerhin kurzfristige realwirtschaftliche Effekte hätten (vgl. Gordon 1990: 194ff.). Als Argumentation dafür musste er, ausgehend vom gleichgewichtigen Reallohnsatz $(L/P)^*$, gerade für einen grundsätzlich perfekten Markt (d. h. einen Markt mit voller und kostenloser Information wie im neoklassischen Grundmodell), eine temporäre Informationsasymmetrie unterstellen (Abbildung 7):

a) Die Unternehmen können den künftig in der Hochkonjunktur höheren Preis genau vorhersagen (P^e) und auf dieser Basis kalkulieren, wie stark sie den Nominallohnsatz L erhöhen können (nämlich auf L_1), damit insgesamt ein entsprechend niedrigerer Real-

Abbildung 7: *The escape from equilibrium: Milton Friedman's fooling model*



Quelle: Eigene Darstellung

lohnsatz L_1/P_1 letztlich (in $t = 1$) herauskommen wird: $L_1/P^e = L_1/P_1 < (L/P)^*$.

b) Indes können die Arbeitnehmer_innen den künftigen Preis (P_1) eben nicht vorhersehen und müssen mit dem aktuellen Preis P_0 als einem Bestandteil von $(L/P)^*$, rechnen. So ergibt das von den Unternehmen unterbreitete Angebot eines höheren Nominallohnsatzes (L_1) aus der schlechter informierten Sicht der Arbeitnehmer_innen einen höheren statt einen tieferen Reallohnsatz: $L_1/P_0 > (L/P)^* > L_1/P_1 = L_1/P_1$. Folglich wird das Arbeitsangebot ausgeweitet, aber irrtümlich, nämlich nur vermeintlich nutzenmaximierend. Man ist „genarrt“ worden („fooled“).

c) Bald stellen die Arbeitnehmer_innen fest, dass sie das Preisniveau unterschätzt und daher den Reallohnsatz überschätzt haben, und so reduzieren sie ihr Arbeitsangebot auf den früheren, niedrigeren Gleichgewichtswert, damit sie ihr wahres Nutzenmaximum wieder realisieren. Sie haben die Täuschung in Friedmans *fooling model* überwunden.

Die Kritik, dass Friedmans Arbeitnehmer_innen so dumm wären, sich immer wieder in gleicher Weise täuschen zu lassen, führte dann zur Anwendung rationaler Erwartungen durch Robert Lucas auf makroökonomische Fragestellungen und stellte das zentrale Argument für richtige Prognosen der Wirtschaftssubjekte dar. Diese bleiben deshalb (wie vor Friedmans *fooling model*) im Gleichgewicht, aus dem man in der Regel (d. h. bei Nichttäuschung der rationalen Wirtschaftssubjekte) nicht entkommt: Nachfrageschocks führen nur zu konjunkturellen Änderungen der Löhne L und des Preisniveaus P , aber nicht des Reallohnsatzes

L/P , nicht der realen Produktion und nicht der Beschäftigung. Damit wird nachfrageseitige, restriktive Politik zur Preisniveaustabilisierung, wie sie Zentralbanken in herkömmlicher Weise praktizieren, volkswirtschaftlich insofern kostenlos, als sie keine Beschäftigungs- und Wohlstandseinbußen verursacht (sic!), sondern nur Preissenkungen.

Die in der Wirklichkeit beobachteten Schwankungen der Wirtschaftsaktivität und Beschäftigung seien nicht die Folge von Nachfrage-, sondern nur von Angebotsschocks, (Änderungen in den Strukturbedingungen) und zeugten allein von der raschen Anpassungsfähigkeit der Realwirtschaft an die neuen Strukturbedingungen, wie sie im nächsten mittelfristigen, ergodischen Gleichgewicht vorherrschten (vgl. Gordon 1990: 202ff.).

Worin besteht denn nun die Nützlichkeit des neoklassischen Arbeitsmarktmodells, aus dessen Gleichgewicht man

- aus klassischer Sicht nur in Richtung einer geringeren Beschäftigung herauskommt (Abbildung 6),
- aus Milton Friedmans Perspektive nur durch Täuschung der Arbeitnehmer_innen geworfen werden kann (Abbildung 7) und
- aus dem neu-klassischen Blickwinkel in der Regel nicht entkommt (Abbildung 6), sondern nur in Ausnahmefällen durch eine Fehlprognose infolge einer noch nie dagewesenen, daher nicht prognostizierbaren Situation herausfallen, aber rasch wieder ins Gleichgewicht gelangen kann (Abbildung 1)?

Worin besteht die Nützlichkeit des neoklassischen Arbeitsmarktmodells, in dessen Gleichgewicht man

- selbst nach neoklassischer Lesart und Interpretation nur durch vollkommenen Lohn- und Preiswettbewerb gelangt (Abbildung 1),
- nach neokeynesianischer Ansicht nur sehr verzögert wieder zurückkehren kann, wenn die „brick-wall“ (Rationierungswirkung) sich irgendwie (wie?) wieder auflöst (Abbildung 2) und
- in das man nach post-keynesianischer Meinung systematisch nicht wieder zurückfindet?

Coddington (1976: 1261) formuliert den letzten Punkt drastisch aus:

If the concept of equilibrium is pursued relentlessly, then as the concept becomes all-embracing it becomes paralyzed by its own logic: equilibrium becomes a state of affairs that is, strictly, unapproachable: unless it already exists, there is no way of attaining it. (...) It would follow that the standard use of the method of comparative statics (or, better, “comparative equilibria”) to analyze the effects

of changes in circumstances, is strictly unwarranted and illegitimate.

Vermutlich besteht die Nützlichkeit eben in der Verhinderung anderer Denkweisen, Politiken und wirtschaftlicher Abhängigkeiten (z. B. zwischen Arbeitgeber_inne_n und Arbeitnehmer_inne_n). Die Last kognitiver Dissonanz muss sich wohl auszahlen. Versuchen wir nun, über die Argumente Rothschilds (2006) von der prägenden Kraft der Berufsordnung und der Erfolgsvoraussetzungen für Ökonom_inn_en hinauszugehen.

2.3.2 *Paradise lost – and regained*

Nun macht uns der Realtypus nicht die Freude, sich im Zeitverlauf stetig zu entwickeln, wie es der Idealtypus gern hätte (*paradise lost*). Die Vorstellung eines mechanistischen Konjunkturzyklus um einen den Ausschlag gebenden Trend macht in der Folge Verbesserungsmöglichkeiten für Realeinkommen und Beschäftigung wesentlich schwieriger. Denn sie werden wirtschaftspolitisch nur einseitig – angebotsseitig – angegangen, und zudem wird die nicht zuletzt der Nachfrageseite geschuldete Dynamik der Wirtschaft einer restriktiven Nachfragepolitik in guten Konjunkturphasen geopfert. Das Konzept einer strikt antizyklischen Nachfragepolitik kann aus dem Werk von Keynes herausgelesen werden, aber es ist sicher nicht post-keynesianisch und, wenn man unserer Sichtweise folgt, offenbar nicht fortschrittlich: im Charakter zu wenig innovativ, in der Wirkung zu konservativ.

Dabei erscheint die Ursache einer ebenmäßigen mechanistischen Konjunkturauffassung lächerlich einfach. Man geht üblicherweise von einem Trend aus, der die langfristige Entwicklung der Wirtschaft darstellt, die von angebotsseitigen, langfristigen Faktoren durchaus ergodisch vorgezeichnet wird. Der Trend zeigt die Entwicklung der „natürlichen“ Merkmalsausprägungen der wichtigen ökonomischen Größen. Dieses gedankliche Konstrukt erhält genau dadurch auch seine Normativität. Folglich wird selbst jeder reale Produktions- und Einkommenswert sowie jeder effektive Beschäftigungswert oberhalb des Trendwerts als ungünstig, unnatürlich und unerwünscht klassifiziert. Daher heißt ein Anstieg weg von der konjunkturellen Talsohle nur bis zum Trendwert hinauf Aufschwung und dann Überhitzung. Von der Konjunkturspitze bis zum Trend hinunter nennt sich das Absinken Entspannung, und erst ab Unterschreiten des Trendwerts Rezession.

Wie anders sieht es aus, wenn man die Entwicklung von der Talsohle bis zur Bergspitze Expansion nennt und die Entwicklung vom Zenit zum Tiefpunkt Rezession! Mit dieser einfachen semantischen Umfärbung gehen wir aber ökonomisch-inhaltlich vom Lehrbuchmodell von Blanchard et al. 2010 und all seinen formalen Abwandlungen ab und gewinnen dabei an Möglichkeiten (*paradise regained*). Nichts spricht mehr gegen Unterstützung der Expansion und Verhinderung von Rezession – sofern Inflationsbeschleunigung und Handelsbilanzpassivierung mit anderen wirtschaftspolitischen Methoden hintangehalten werden als mit restriktiver Geld- und Fiskalpolitik (vgl. Rothschild 1983), die sich einer Stabilitätspolitik verpflichtet sehen, die Folgendes als Stabilität ansieht: eine so genannte natürliche Arbeitslosenquote, ein über den Konjunkturzyklus ausgeglichenes Budget und eine niedrige Inflationsrate.

Für all das wird ein entsprechend hohes Zinsniveau in Kauf genommen – ganz und gar nicht im Sinn von Keynes (vgl. Steindl 1986). Was dabei jedoch ausgeklammert bleibt, sind die realwirtschaftlichen Expansionspotenziale, welche die Budgets ausgleichen können, nur eben nicht auf restriktive Weise, sondern durch Maximierung der Bemessungsgrundlagen für die Massen- und Vermögenssteuern – selbst bei niedrigen Steuersätzen (vgl. Pollin 2000). Dadurch lässt sich auch die Staatsschuldenquote senken, selbst bei oder vielmehr gerade wegen einer expansiven staatlichen Wirtschaftspolitik, die freilich beidseitig ansetzen soll: auf der Nachfrage- wie auf der Angebotsseite und die Flankensicherung gegen Außenhandelsungleichgewicht und steigende Inflation anderweitig unternimmt (vgl. Kaldor 1982; Vickrey 1996). Ist also die „natürliche“ Arbeitslosigkeit nicht auch in diesem Sinn nicht natürlich, als es die Antiinflationpolitik der Zentralbanken (vgl. Hein 2004) und die ebenfalls restriktiv unternommenen Budgetkonsolidierungen („Sparpakete“) sind, die diese Arbeitslosigkeit schaffen und sie als allein strukturell aussehen lassen?

Die Anwendungsproblematik der gleichgewichtsorientierten Ökonomik (Neoklassik, Neokeynesianismus, Neoklassische Synthese, Neue Klassische Makroökonomik) resultiert nicht zuletzt auch aus der analytischen Trennung der kurzen bis mittleren Frist von der langen Sicht. Doch in der Realität leben wir nicht in irgendeiner Frist, sondern in der jeweiligen Gegenwart. Dort gibt es stets sowohl kurzfristige und mittelfristige als auch langfristige Aspekte und Konsequenzen (vgl. Robinson 1971). Diese Fristigkeiten unterscheiden sich dadurch, dass – in Reaktion auf eine Änderung in

den unterschiedlichen Rahmen- und Entscheidungsbedingungen – Variable angepasst werden wollen: Einige Variable erlauben mit sofortiger Wirkung, einige mit etwas mehr Verzögerung und einige mit langer Verzögerung, dass ihre Reaktion wirksam werden kann. Das heißt, heutige Entscheidungen haben kurz-, mittel- und langfristige Konsequenzen. Das widerspricht der oben besprochenen Auffassung vom starren Trend und der Konjunktur, die nur kurzfristig (Impulseffekt) bis mittelfristig (Selbst-/Stabilisierungseffekt) wirke.

Warum sollte also die heutige Analyse der Zukunft nach Fristigkeiten ihrer jeweiligen Auswirkungen unbedingt getrennt vorgenommen werden? Man läuft dabei nämlich v. a. Gefahr, die Wirkungsketten von der kurzen über die mittlere bis in die lange Frist hinein zu übersehen oder auszublenden (vgl. Steindl 2007). Wenn etwa der Betrachtungshorizont nur mittelfristig ist und daher nur ein Konjunkturzyklus beachtet wird, setzt man damit den Trend voraus. Die Folge ist, dass man dann davon ausgeht, dass jeder Zyklus ohnedies bald einmal beendet sein wird und sich deshalb das Forschungs-, Lehr- und Politikinteresse auf die lange Frist konzentriert (vgl. Mankiw 1992). Damit blendet man kurzfristige Probleme aus, obwohl sie eine Eigendynamik entwickeln und zu weit instabileren Ergebnissen führen können, als man vorausgesetzt hat, weil der Trend als ergodisch angesehen wurde, und man schreibt solche Irrtümer dann gern einem angebotsseitigen Trendbruch zu und läuft Gefahr, den etwaigen Fehler weiterhin zu begehen. Sind nämlich die Rezessionen länger und tiefer als angenommen, wird dadurch der nachträglich durch den abgelaufenen Konjunkturzyklus gelegte Trend und womöglich auch der Trend durch die darauffolgenden Zyklen hindurch flacher. Die Entwicklung ist eben schwächer geworden, und diese Schwäche breitet sich aus, verfestigt sich und verflacht den Trend, der ja nur eine stilisierende Charakterisierung der Wirtschaftsentwicklung im Nachhinein ist. Denn die Vergangenheit oder bestenfalls die Gegenwart machen als Bezugspunkte für die laufenden Entscheidungen die künftige Wirtschaftsentwicklung wesentlich aus, nämlich den laufenden Zyklus, den mittelfristigen Trend und die langfristige Tendenz. Die Zukunft lebt, gemäß historischem Zeitverständnis, aus ihrer Vergangenheit heraus, nicht aus der ergodischen Perspektive logischer Zeit, aus der Zukunft, aus ihr selbst heraus. Wir sprechen dabei von der Hysteresetheorie wirtschaftlicher Entwicklung (vgl. Winter-Ebmer 1991; Smyth 1999; Stanley 2004).

3. Fazit

Das Modell von Blanchard et al. (2010) ist in gewisser Weise ebenfalls eine Art Täuschungsmodell, aber unterschiedlich zu Milton Friedmans *fooling model*. Blanchard et al. haben nämlich ihr Lehrbuchmodell – wissentlich oder nicht – als keynesianisches Modell „getarnt“ und so mit dem Nimbus des Fortschrittlichen versehen. Es ist in der Tat ein Modell vom Typ neoklassischer Synthese. Es konstituiert ein Beharrungsgleichgewicht (ergodisches Gleichgewicht), in dem die Wirtschaft selbsttätig immer wieder unterhalb des viel ehrgeizigeren Keynes'schen Ziels der Vollbeschäftigung und des Produktions- und Einkommenspotenzials zu liegen kommt und zugleich dem Ziel der Preisniveaustabilität genügt. Zudem löst es schier unweigerlich die Assoziation mit dem markträumenden Reallohnsatz aus, obwohl die Kausalität erklärtermaßen in die andere Richtung weist. Der effektiven Nachfrage (vgl. Keynes 1936/1973) wird keine entscheidende Rolle zugewiesen, sondern der Flexibilität von Lohnsatz, Preisniveau und Reallohnsatz. Für das damit begründete „Say'sche Gesetz“, das der makroökonomischen Nachfrageproblematik ihre Brisanz nimmt, gibt es verschiedene Argumentationsmöglichkeiten, die aber für Keynes als *in praxi* nicht entscheidend angesehen wurden und denen einige keynesianische Argumente entgegenstehen (vgl. Landmann 1975). Nur wird das in der Lehre und ihren Lehrbüchern kaum angesprochen.

Dieser Mangel in der Lehre mag damit begründet werden, dass in einführenden und mittelschweren Lehrbüchern Klarheit, Einfachheit und Augenscheinlichkeit der Inhalte eine didaktische Notwendigkeit seien. Doch gerade im Hinblick auf die Vermittlung von Verständnis erfährt diese Art der Vereinfachung aus einem anderen Aspekt heraus schwere Kritik („*dirty pedagogy*“: Collander/Sephton 1998: 1). Didaktische Erleichterungen seien legitim, falls zweckmäßig, aber wenn dabei die ökonomische Theorie derart einseitig dargestellt wird, dass die einführende bis mittlere Lehre einen unzutreffenden Eindruck von deren Funktionalität vermittelt, ist die didaktisch zu einseitig erklärte Theorie als weniger nützlich einzuschätzen (vgl. Rothschild 1999, 2005). Dann müsse das Ergebnis der Güterabwägung zugunsten der Realität und Nützlichkeit und zulasten der Übersimplifizierung ausgehen (vgl. Collander/Sephton 1998), um insgesamt die Studierenden didaktisch besser an der Hand zu führen.

Milton Friedman hat die Ära der „*natural rate*“ begründet und so erfolgreich auf Schiene gebracht,

dass sie längst zum „Sachzwang“-Argument geworden ist. Gleichsam: Stehen wir doch dem vorgezeichneten Wachstumspfad nicht im Weg!

Most [economists] accept the natural-rate hypothesis which broadly interpreted states that classical economics is right in the long run. Moreover, economists today are more interested in long-run equilibrium. The long run is not so far away that one can cavalierly claim, as Keynes did, that "in the long run we're all dead" (Mankiw 1992: 561).

Überdies setzt die in der Norm des „Natürlichen“ enthaltene Vorstellung von Gerechtigkeit nicht auf den Bedarfsaspekt (etwa i. F. v. Recht auf Arbeit) und nicht auf Solidarität (z. B. Recht auf ein kulturelles Existenzminimum), sondern auf Leistungserfordernis und Selbstverantwortlichkeit (vgl. Best/Widmaier 2012; Savani/Rattan 2012); Prinzip und Prozess des Wettbewerbs verlangten es. Mit der Natürlichkeit dieser Norm wird diskursiv eine Harmonie und eine ihr entsprechende Sozialromantik verknüpft, welche, ganz in der Manier der klassischen Utilitaristen, den Ergebnisaspekt der Verteilung zugunsten des Prozessaspekts ausklammert und Ungleichheit rechtfertigt, so eklatant und wachstumsfeindlich sie auch sein möge. Etwa: Ja, du kannst (statt *yes, we can!*)

Ein Gleichgewicht ist in der Regel ergodisch geprägt (wie übrigens auch im originären hydraulischen Keynesianismus und im Neokeynesianismus) und somit ein Konstrukt, das in der formalen Darstellung und Bearbeitung eines Problems zweifellos Vorzug und Stärke besitzt. In diesem Sinn ist Gleichgewicht für den Prozess der Untersuchung weit bedeutsamer denn als ein Charakteristikum des Wirtschaftsprozesses in der Praxis. Mithin stellt sich sehr wohl die Frage nach der inhaltlichen Nützlichkeit, obwohl eine solche Wertung die Einhaltung der traditionellen Objektivitätskriterien für Erkenntnis in den Sozialwissenschaften relativ stark strapaziert. Insofern greifen die längst einschlägigen Popper'schen Wissenschaftlichkeitskriterien im Hinblick auf die eingangs festgestellte kognitive Dissonanz zu kurz (vgl. Rothschild 1999, 2005) und erlauben ein „*as-if reasoning*“; man tut, als ob die Welt so zu erklären zu wäre, wie es längst üblich geworden ist – und will es nicht anders versuchen.

Als ich als junge Wissenschaftlerin begann, las ich von den großen Entdeckungen und dachte, dass Wissenschaftler wahnsinnig kreativ sein müssten und aufgeschlossen gegenüber dem Neuen. Ich war dann sehr überrascht als sich sah, dass die meisten Wissenschaftler konservativ sind. Ich habe das auch bei meinen eigenen jungen Forschern beobachtet: Sie haben ein neues Ergebnis und sagen: Das

kann unmöglich so funktionieren. Und dann wollen sie gar nicht mehr daran weiterarbeiten. Ich glaube, diese Risikoaversion kommt auch daher, wie wir die Leute ausbilden (Lindquist 2011: 15).

Das mikroökonomische Denken, das den Hausverstand anspricht, aber den makroökonomischen Sachverstand außer Acht lässt, hat, nicht zuletzt durch Re-Iteration in Lehre und Politik, eine subtil verdeckte Wirkmacht erlangt, die durchaus als „gouvernemental“ im Sinn von Foucault (1978/2005: 148) zu bezeichnen ist. So ist denn auch die Anwendung von mikroartigen Modellen der Neoklassik und der Neoklassischen Synthese auf die Makroebene nicht verwunderlich. Viel eher nimmt es wunder, dass die Gouvernamentalität so stark ist, dass sogar keynesianisch argumentierende Ökonom_inn_en die „*natural rate*“, neu gewandt, als fortschrittlich „verkaufen“ (vgl. Blanchard et al. 2010), aus welchen Motiven auch immer (Didaktik, Berufsvorbereitung, Methodenvorteil, Karriere, politische Rezipierung). Dennoch ist die Hoffnung auf Ausgewogenheit, pragmatische Theorienauswahl und -anwendung nicht ganz verfehlt, wenn wir bedenken, wer was schreibt:

„Daher sollten Regierungen mitten in einer tiefen Wirtschaftskrise besser nicht so wirtschaften wie die berühmte schwäbische Hausfrau, kommentiert das Handelsblatt. ‚Griechenland spart sich in die Depression‘, findet auch Cash“ (Handelsblatt – Finance Today, 23.10.2012).

Noch ergeben sich aber in den Akademien und Instituten, Bürokratien und Kabinetten Verdrängungseffekte auf die heterodoxe Ökonomik:

Wettbewerbspolitik auf dem Arbeitsmarkt wie auf dem Gütermarkt wird zur zentralen Arena der Wirtschaftspolitik (Deregulierung statt Regulierung der Märkte, z. B. Aufbrechen der „verkrusteten“ Arbeitsmärkte Europas).

Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik nimmt überhand. Das bedeutet Deregulierung auf Kosten von Umwelt und Steueraufkommen, sozialen Maßnahmen und sozialer Ausgewogenheit, Sicherheit am Arbeitsplatz und Sicherheit des Arbeitsplatzes.

Die Zielsetzung der Wirtschaftspolitik wird bescheidener, wird die „natürliche“ Beschäftigung, nicht die keynesianische Vollbeschäftigung. Dabei wird die „Freiwilligkeit“ der Arbeitslosigkeit unterstrichen, und aktivierende Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik bekommen mehr Gewicht. So werden etwa die Zumutbarkeitsbedingungen für Arbeitsannahme und die Bezugsanspruchsvoraussetzungen für Arbeitslosengeld verschärft.

Die angebotsseitigen „Entlastungsmaßnahmen“ für die Unternehmen und „Leistungsträger_innen“ werden die automatischen Stabilisierungswirkungen des Budgets auf die Konjunktur schwächen. Die automatische Stabilisation durch das Budget entsteht eben durch einkommensabhängige Steuersätze (ESt, KöSt, KESt etc.), v. a. einen progressiven Einkommensteuersatz, und durch einkommensabhängige Sozialleistungsansprüche.

Angebotsorientierte Politik bedeutet auch, die Wirtschaftspolitik nach den Unternehmen, heutzutage speziell an der Norm der Finanzmärkte und Unternehmensvorstände, auszurichten, die angeben, was *good or bad governance* ist (Galbraith 2004).

Das Budget wird in beabsichtigter Weise nicht mehr (so sehr/so lang) zur Konjunktursteuerung (*demand management*) eingesetzt. Die Korrektur wirtschaftlich und sozial unerwünschter Entwicklungen wird zunehmend der Selbststabilisierung der Wirtschaft überlassen und noch dazu durch konzertierte Budgetkonsolidierungsprogramme erschwert.

Wettbewerbsbasierte Arbeitsmarktaktivierung wäre in diesem Sinn die beste Sozialpolitik. Doch das erscheint insbesondere in Zeiten der Verunsicherung und Angst vor einer baldigen nächsten Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise als makroökonomischer Nachteil (vgl. Spilimbergo et al. 2008; Davis/Karim 2010; Horn et al. 2009). Diese Befürchtung dürfte angesichts der sehr schiefen Verteilungsverhältnisse und der weitgehend nicht regulierten Finanzmärkte nicht unberechtigt sein.

Eine neue private Askese könnte die staatliche Austeritätspolitik ergänzen und verstärken:

„Es hat sich bewährt, dass man hierzulande den Wohlstand nach alter Väter Sitte auf Arbeit und Anstrengung gründet – und nicht auf Konsum und Kredit“ (www.Handelsblatt.com – MorningBriefing [12.10.2012]).

Aufgaben- und Ausgabeneinschränkungen der öffentlichen Hand erscheinen in orthodoxem Licht erfolgversprechend für Budgetkonsolidierung, Staatsschuldenabbau und Steuersenkungen. Diese Austerität dürfte allerdings die öffentlichen Finanzen nicht ausgleichen können, sondern nach weiteren Aufgabeneinschränkungen und Ausgabensenkungen im Staat rufen lassen. Dieser Regelkreis verstärkt und verlängert oder perpetuiert sogar die volkswirtschaftliche Last kontraktiver Budgetkonsolidierung.

Restriktive Fiskalpolitik bewirkt im Hinblick auf Umverteilung eine Tendenz zur verstärkten Anwendung des Äquivalenzprinzips im Einsatz öffentlicher Ressourcen in der Art, dass jemand, wenn er oder sie

vom Staat eine Leistung haben will, nicht (nur) Steuern dafür zahlt, sondern (vor allem) unmittelbar ein Entgelt für die Leistung bezahlen soll (Gebührenfinanzierung). Dadurch geht freilich die Umverteilungsintensität der öffentlichen Haushalte zurück (Schlagwort: der Staat als Supermarkt).

Schließlich bleibt der Aspekt, dass staatliche Nachfrage auch mittel- bis langfristige Wirkungen hat und Vorteile bieten kann, aus dem Blickfeld verschwunden. Damit wird die Option ausgeschlossen, die Budgets über eine expansive, wachstumsorientierte Strategie zu konsolidieren (vgl. Islam/Chowdhury 2010).

Symptomtherapien können die Krankheit verschlimmern: Seit sich die EU dem Sparen verschrieben hat, ist die Staatsschuldenquote stärker gestiegen als je zuvor. Das Gleiche gilt für das Rezept der Lohnzurückhaltung: Seit die Reallöhne hinter der Produktivität zurückbleiben (seit 30 Jahren!), steigt die Arbeitslosigkeit immer mehr. Grund: Die einfachen Therapien können wesentliche Kettenreaktionen nicht berücksichtigen. (...) In den 1950er und 1960er Jahren lenken keynesianische Rahmenbedingungen das Gewinnstreben auf die Realwirtschaft. Bei permanenter Vollbeschäftigung gehen Gewerkschaften und Sozialdemokratie in die Offensive, der Zeitgeist dreht nach links, die neoliberalen Losungen werden für Vermögende wieder attraktiv (Schulmeister 2012: 31).

Und die Akademien bieten dabei Unterstützung. Denken Ökonom_inn_en die Wirkungen ihres Wirkens mit und können sie sie ermessen?

4. Ausblick

Für die Reaktion auf die angesprochene kognitive Dissonanz können verschiedene Szenarien entworfen werden.

Ein Abgehen von der logischen Zeit und ihrer Ergodizität mit deren „*natural rate*“-Konsequenz würde immerhin das Aus der orthodoxen Ökonomie als makroökonomischer Mainstream bedeuten, ist aber aus heutiger Sicht kaum vorstellbar. Offenbar wird die ökonomische Brille nicht so leicht gewechselt. Die Krise hat sich bislang wenig auf die Ökonomik ausgewirkt; die Krise wird – gegen die Minderheit der Fundamentalkritiker_innen (Sy 2012) – als ein (selten) Unglücksfall der Wirtschaft infolge menschlicher Unzulänglichkeiten angesehen, aber nicht als systemische Krise der Wirtschaft, noch weniger als eine Krise der Ökonomik.

Die *scientific economics community* besinnt sich umgehend der Vorteile, die der Theorie zugrunde

liegenden Axiome und die der Empirie zugrunde liegenden Methoden im Interesse einer nützlicheren Anwendbarkeit ernsthaft zu prüfen, das Andere, das Alternative ernst zu nehmen, die Vielfalt in der Theorienlandschaft zu nützen (vgl. Nelson 2011; Dobusch/Kapeller 2012) und die Dogmen- und Wirtschaftsgeschichte stärker heranzuziehen und besser auszunützen, statt Retrospektive pauschal als inaktuell und ihre Ergebnisse als überholt zu bezeichnen. Ein Beispiel: Im Oktober 2012 kürten Redaktion und Leser_innen des *Handelsblatts* die 50 wichtigsten Autor_inn_en bzw. Werke der Ökonomik. An erste Stelle wurde Karl H. Marx (†1883) gewählt. Damit wird John Kenneth Galbraiths Anspruch auf „Neutralität“ in der Ökonomik wieder etwas besser erfüllt:

„If the state must be emancipated from economic interest, a neutral economics would not deny the need“ (Galbraith 1973: 10).

Mehr Bildung im Sinn von mehr Einseitigkeit lässt kein Mehr an Nutzen erwarten, eher das Gegenteil. Mit mehr Ausgewogenheit kehrte jedoch wieder mehr Intuition und Institutionenwissen in eine verantwortungsvolle ökonomische Analyse ein (vgl. Frey 1993; Nelson 2011). Dabei haben wir immerhin mit einer großen Vielfalt zu „kämpfen“. *Art and science of economics* werden deshalb wieder zunehmend in der Erfassung des Wesentlichen gesehen, in der Bereitschaft zu redlichem Misserfolg (als ein für die *scientific community* akzeptables Ergebnis) und zu konsequenter Revision in Forschung, Lehre und Politikberatung.

One can make some quite worthwhile progress merely by using axioms and maxims. But one cannot get very far except by devising new and improved models. This requires ... vigilant observation of the actual working of our system. Progress in economics consists almost entirely in a progressive movement in the choice of models (Keynes 1938/1973: 26).

In wachsender Erkenntnis der ungleichgewichtigen, unsicheren und in ihren Anpassungen überaus dynamischen Welt passiert eine noch viel stärker formale Komplizierung der ökonomischen Analyse – weg von Gleichgewicht und Ergodizität, hin zu chaosdynamischen Prozessen als anderes Extrem. Der Charakter des Untersuchungsgegenstandes verlange danach. Die formalmethodische Hürde, Ökonom_in zu werden, wächst dadurch aber ebenso an wie die Kluft in der Kommunikation. Infolge eines solchen Aufklaffens werden die Inhalte, Methoden und Ergebnisse immer schwerer an Medien, Schüler_innen und Politik zu vermitteln sein.

Vielleicht wird es, wie in der Weltwirtschaftskrise 1929 ff., nicht die Theorie, sondern die Praxis sein, die sich einer Politik auf Basis des wirtschaftswissenschaftlichen Mainstream widersetzt und einer methodisch bescheideneren, aber inhaltlich stärkeren Analytik den Weg bereitet. Die heutige Zivilgesellschaft hat den Hebel längst angesetzt. Offensichtlich erfüllt sie die Informations-, Bildungs- und Diskussionsfunktion auf dem Gebiet der Ökonomik und Politik am ehesten. Nach der Repolitisierung der öffentlichen Debatte wird ihr Gehalt nicht mehr im „Gackern“ über die politischen Taktiken untergehen. So läuft dann der Trend nicht mehr in Richtung von Stammtischweisheiten sowie parteipolitischem Opportunismus und *show-mastership*. Bildung ist als Gegenmacht gefragt und provoziert eine breite sachliche und offene Debatte. Zuvor war es noch so:

„Wir werden niemals dulden, dass dieser Wahlkampf von Fact-Checkern dominiert wird“, sagte jüngst ein Romney-Berater“ (www.Handelsblatt.com – MorningBriefing: 16.10.2012).

Wie und wohin wird sich also die Ökonomik entwickeln? Der Blick in die Zukunft eines sozialen Systems bleibt im Wesentlichen ungewiss. Aus diesem Grund mache ich meinen Ausblick an einer möglichst generellen These fest, selbst wenn diese eine Wertung von relativ hohem Subjektivitätsgrad darstellt: Wie nützlich sich die Ökonomik künftig erweisen wird, hängt davon ab, ob sie ihr Hauptforschungsprogramm der Überwindung von Ressourcenknappheit widmet oder aber einer zweckmäßigeren Verteilung der Ressourcen: Verteilung der Chancen auf Bildung, Sicherheit und soziale Integration, Verteilung der Arbeitszeit und -bedingungen, der Einkommen und Vermögen, der Umweltqualität.

Literatur

- Akerlof, G. A./Shiller, R. J. (2009): *Animal Spirits. Social Europe Journal*, 4 (2), 5-8.
- Appelbaum, E. (1979): *The Labor Market*. In: Eichner, A. S. (ed.): *A Guide to Post-Keynesian Economics*. London – Basingstoke: Macmillan, 100-119.
- Bartel, R. (2012): „Des Kaisers neue Kleider“ oder „Demokratie versus Wissensvorsprung. Das Lehrbuch-Beispiel des Arbeitsmarktes und seine Gouvernementalität“. Papier präsentiert im Rahmen von Momentum12: Demokratie, Track 2: Eliten, Herrschaft und Demokratie. Online: http://momentum-kongress.org/cms/uploads/PAPER_Bartel.pdf [05.10.2012]

- Bartel, R. (2012a): „Are we all Keynesians now?“ Das Lehrbuch-Beispiel des Arbeitsmarktes, seine Variationen und Gouvernementalität. In: ÖH, JKU Linz (Hg.in): *Scribo – Open CourseWare*. Online: http://scribo.oeh.jku.at/upload/media/121002_Are_we_all_Keynesians_now.pdf [27.3.2013]
- Best, J./Widmaier, W. (2012): Micro- or macro-moralities? Economic discourses and policy possibilities. *Review of International Political Economy*, 13 (4), 609-631.
- Blanchard, O./Amighini, A./Giavazzi, F. (2010): *Macroeconomics – A European Perspective*. Harlow (UK) etc.: Prentice Hall (Pearson Education).
- Bofinger, P. (2011): *Grundzüge der Volkswirtschaftslehre. Einführung in die Wissenschaft von Märkten*. 3. Auflage, München etc.: Pearson Education.
- Collander, D./Sephton, P. (1998): *Acceptable and Unacceptable Dirty Pedagogy: The Case of AS/AD. Working paper*. Online: <http://www.docstoc.com/docs/91875609/Acceptable-and-Unacceptable-Dirty-Pedagogy> [19.07.2012]
- Davidson, P. (2012): Is economics a science? Should economics be rigorous? *real-world economics review*, 59 (1), 58-66.
- Davis, E. P./Karim, D. (2010): Macroprudential Regulation – The Missing Policy Pillar. *National Institute Economic Review*, 211 (1), 67-80.
- Dobusch, L./Kapeller, J. (2012): Heterodox United vs. Mainstream City? Sketching a Framework for Interested Pluralism in Economics. *Journal of Economic Issues*, 46 (4), 1035-1058.
- Flakierski, H. (2004): Is equality harmful to growth? In: Szworski, A./ Sadowski, Z. L. (eds.): *Kalecki's Economics Today*, London – New York: Routledge, 87-94.
- Foucault, M. (1975/2005): Die Gouvernementalität. In: Dertfert, D./Ewald, F. (Hg.): *Michel Foucault – Analytik der Macht*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 148-174.
- Frey, B. S. (1993): From economic imperialism to social science inspiration. *Public Choice*, 77 (1), 95-105.
- Friedman, M. (1975): Unemployment versus Inflation? An Evaluation of the Phillips Curve. *The Institute of Economic Affairs Occasional Papers*, 44. London, 9-35.
- Galbraith, J. K. (1973): Power and the Useful Economist. *The American Economic Review*, 63 (1), 1-11.
- Galbraith, J. K. (2004): *The Economics of Innocent Fraud. Truth for Our Time*. Boston – New York: Houghton Mifflin Company.
- Gordon, R. J. (1990), *Macroeconomics. 5th ed.* Glenview: Harper Collins, chap. 7, 179-211.
- Hein, E. (2004): Die NAIRU – eine postkeynesianische Interpretation. Intervention. *Zeitschrift für Ökonomie*, 1 (1), 43-66.
- Horn, G./Dröge, K./Sturn, S./van Treeck, T./Zwiener, R. (2009): Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise. (III): Die Rolle der Ungleichheit. *IMK Report*, 41. Online: http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_41_2009.pdf [18.10.2012]
- Islam, I./Chowdhury, A. (2010): Fiscal consolidation, growth and employment: what do we know? In: *VOX. Research-based policy analysis and commentary from leading economists*, June 21st. Online: <http://www.voxeu.org/debates/commentaries/fiscal-consolidation-growth-and-employment-what-do-we-know> [18.10.2012]
- Kaldor, N. (1982): Inflation – An Endemic Problem of Modern Capitalism. *Wirtschaft und Gesellschaft*, 23 (2), 289-299.
- Kalecki, M. (1966): *Theorie der wirtschaftlichen Dynamik. Eine Untersuchung der zyklischen Schwankungen und der langfristigen Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft*. Wien etc.: Europa-Verlag.
- Kenyon, P. (1979): Pricing. In: Eichner, A. S. (ed.): *Beyond Keynes. A Guide to Post-Keynesian Economics*. London – Basingstoke: MacMillan, 34-45.
- Keynes, J. M. (1936/1973): *The General Theory of Employment, Interest and Money*, London – New York: MacMillan – Cambridge University Press.
- Keynes, J. M. (1937/1973), The General Theory of Unemployment. In: *The Quarterly Journal of Economics*, 51 (2), 209-223. In: Moggridge, D.: *The Collected Writings of John Maynard Keynes, XIV, part II*, London etc.: Macmillan-Cambridge University Press, 109-123.
- Keynes, J. M. (1938/1973): My dear Roy. Letter to R. F. Harrod. In: Moggridge, D. (ed.): *The Collected Writings of J. M. Keynes. XIV*. London: Macmillan, 11.
- Landmann, O. (1975): Keynes in der heutigen Wirtschaftstheorie. In: Bombach, G. (Hg.): *Der Keynesianismus. I: Theorie und Praxis keynesianischer Wirtschaftspolitik*. Berlin etc.: Springer-Verlag, 133-210.
- Lindquist, S. (2011): Die meisten Wissenschaftler sind einfach konservativ. Interview in: *Der Standard*, 25.10., 15. Online: <http://derstandard.at/1319181085205/Gespraech-Die-meisten-Wissenschaftler-sind-einfach-konservativ> [27.3.2013]
- López, J./Assous, M. (2010): *Michal Kalecki*. Basingstoke: Palgrave Macmillan, chap. 1: Michal Kalecki's Life and Work, 1-22.
- Mankiw, N. G. (1992): The reincarnation of Keynesian economics. *European Economic Review*, 36 (2-3), 559-565.
- Nelson J. A. (2011): Broader questions and a bigger toolbox: A problem-centered and student-centered approach to teaching pluralist economics. *real-world economics review*, (58) December 12th, 9-18.
- Pollin, R. (2000): Anatomy of Clintonomics. *New Left Review*, 38 (3), 17-46.
- Robinson, J. (1971): The Short Period. In: *Economic Heresies*, New York: Basic Books, 16-24.
- Robinson, J. (1979): Foreword. In: Eichner, A. S. (ed.): *A Guide to Post-Keynesian Economics*. London – Basingstoke: MacMillan, xi-xxi.
- Robinson, J./Wilkinson, F. (1977): What Has Become of Employment Policy? *Cambridge Journal of Economics*, 1 (1), 5-14.

- Rothschild, K. W. (1981): *Einführung in die Ungleichgewichtstheorie*. Berlin etc.: Springer-Verlag.
- Rothschild, K. W. (1983): Vollbeschäftigung – eine Ausnahmesituation? *Das Parlament*, 6. August, 25-31.
- Rothschild, K. W. (1999): European Integration and Economic Methodology and Research: Questions and Speculations. *Atlantic Economic Journal*, 27 (3), 243-253.
- Rothschild, K. W. (2005): Der diskrete Charme des Neoliberalismus. In: Fellmann, I./Klug, F. (Hg.): *Politik und Verwaltung im neoliberalen Staat*. IKW-Schriftenreihe „Kommunale Forschung in Österreich“, Band 111/2, 199-206.
- Rothschild, K. W. (2006): „Die Gefahr liegt in der Gewöhnung.“ *Kurswechsel*, 22 (4), 37-48.
- Russell, B. (1950/1999): *Philosophie des Abendlandes. Ihr Zusammenhang mit der politischen und der sozialen Entwicklung*. 8. Auflage, Zürich: Europaverlag.
- Samuelson, P. (1985): Succumbing to Keynesianism. *Challenges*, 28 (1), 4-11.
- Sardoni, C. (2010): The New Consensus in macroeconomics and non-mainstream approaches. *Intervention – European Journal of Economics and Economic Policies*, 7 (2), 255-265.
- Savani, K./Rattan, A. (2012): A Choice Mind-Set Increases the Acceptance and Maintenance of Wealth Inequality. *Psychological Science*, 23 (7), 796-804.
- Say, J. B. (1803/1977): Of the Demand or Market for Products. In: Hazlitt, H. (ed.): *Critics of Keynesian Economics*. New Rochelle (NY): Arlington House, 12-22.
- Schulmeister, S. (2012): Spekulanten als Sargtischler der Altersvorsorge. In: *Der Standard*, 22.10. Online: <http://derstandard.at/1350259074813/Spekulanten-als-Sargtischler-der-Altersvorsorge> [27.3.2013]
- Sinn, H.-W. (2002): Der neue Systemwettbewerb. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 3 (4), 391-407.
- Skidelsky, R. (2008): The Remedist. In: *The New York Times*, December 14, MM21.
- Smyth, D. J. (1999): The Effect of Hysteresis on Fluctuations in Unemployment and Inflation when Inflation Expectations are Adaptive. *Pacific Economic Review*, 4 (1), 59-63.
- Solow, R. M. (1990): *The Labor Market as a Social Institution*. Oxford etc.: Blackwell.
- Spilimbergo, A./Symanski, S./Blanchard, O./Cottarelli, C. (2008): Fiscal Policy for the Crisis. In: *IMF Staff Position Notes*, 0801, December 29.
- Stanley, T. D. (2004): Does unemployment hysteresis falsify the natural rate hypothesis? A meta-regression analysis. *Journal of Economic Surveys*, 18 (4), 589-612.
- Steindl, J. (1987): Keynes' „General Theory“ nach 50 Jahren. *Wirtschaft und Gesellschaft*, 13 (1), 11-18.
- Steindl, S. (2007): Der Zusammenhang zwischen Konjunktur und Wachstum. *WIFO-Monatsberichte*, 80 (10), 795-802.
- Sy, W. (2012): Endogenous crisis and the economic paradigm. *real-world economics review*, 59 (March), 67-82.
- Vickrey, W. (1996): Fifteen Fatal Fallacies of Financial Fundamentalism. In: *Columbia University Working Papers*, October 5th.
- Winter-Ebmer, R. (1991): Arbeitslosigkeit, Hysterese und Wirtschaftspolitik. *Wirtschaft und Gesellschaft*, 17 (3), 353-363.
- Zaman, A. (2012): Methodological Mistakes and Econometric Consequences. Forthcoming. *International Economic Review*, 4 (2), 99-122.